

Arbeit und Teilhabe im internationalen Vergleich

Steven Kunert

„Lassen Sie mich ein offenes Wort sprechen:
Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten.
Die Arbeit ist und bleibt die Grundlage des Wohlstandes.“
(Ludwig Erhard, Regierungserklärung am 18. Oktober 1963)

Aufriss

Mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft etablierte Alfred Müller-Armack eine Wortverbindung, die den Versuch kennzeichnete „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (Müller-Armack 1956, 390). Anders ausgedrückt geht es dabei einerseits um die Überwindung polarisierender Wirtschaftsordnungen, wie Kapitalismus und Sozialismus und andererseits darum, wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit so miteinander zu vereinen, dass möglichst viele Menschen am Wohlstand und an der Wohlstandsmehrung teilhaben können.

Aus diesem normativen Anspruch heraus begründet sich auch die Motivation dieses Aufsatzes: Er geht der Frage nach, wie sich Arbeit und Teilhabe¹ international und im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland im Kontext globaler wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen entwickelt haben.

Nach 1945 brach für die westlichen Industrienationen ein „goldenes Zeitalter“ an (Mayer-Ahuja u.a. 2012, 16). Es war gekennzeichnet durch die Entwicklung eines stabilen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsmusters, innerhalb dessen Lohnentwicklungen und daran geknüpfte sozialstaatliche Transferleistungen eng an Produktivitätszuwächse gekoppelt waren; diese Entwicklungen standen vor allem in Deutschland exemplarisch für den „Teilhabekapitalismus“ (Mayer-Ahuja u.a. 2012, 16). Nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen nahm zu, auch Löhne und Sozialleistungen stiegen zwischen 1960 und

Mitte der 1970er-Jahre stärker als Produktivität und Bruttoinlandsprodukt (BIP). So führten Einkommenszuwächse, kürzere Arbeitszeiten, erweiterter Arbeitsschutz und Mitbestimmungsrechte zu einer Erhöhung des Teilhabestandards (Mayer-Ahuja u.a. 2012, 16-17).

Seit Mitte der 1970er-Jahre setzen Entwicklungen, wie Internationalisierung und eine fortschreitende technische Entwicklung mit ihrem Rationalisierungspotenzial,² aber auch Krisen, wie beispielsweise die Ölkrisen, die Arbeitsmärkte unter Druck. Ein solcher Umbruch lässt sich seit 1975 an folgenden Indikatoren³ ablesen:

- a) die Wachstumsrate der Produktivität und des BIP halbierten sich in fast allen Industrieländern,
- b) die Lohnsteigerungen fielen unter die Rate der Produktivitätssteigerungen und
- c) die Steigerungsraten der Sozialbeiträge blieben unter den Wachstumsraten des BIP zurück, obwohl sich die Ausgaben der Sozialsysteme aufgrund der steigenden Arbeitslosenzahlen massiv erhöhten.

Mit der ersten Ölkrise im Jahr 1973 und später mit der zweiten Ölkrise 1979/80 bis hin zur jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise in den letzten Jahren wurde die Frage nach Arbeit und Teilhabe in den Fokus gesellschaftlicher Debatten gestellt. Die erste Ölkrise, die aus politischen Auseinandersetzungen herrührt und zugleich die Erosion ökologischer Ressourcengrundlagen in das gesellschaftliche Bewusstsein brachte, war ein wesentlicher Auslöser für einen Umbruch von Teilhabe: Mit ihm führten Phasen wirtschaftlicher Rezession zu Reallohnverlusten und zu einem Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten. Eine aktive Demontage des „Teilhabe kapitalismus“ durch ökonomische und politische Akteure ist ein Kennzeichen des Teilhabeumbruchs seit Mitte der 1970er-Jahre (Mayer-Ahuja u.a., 16).

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 hat wohl wie keine andere Krise bisher verdeutlicht, dass es in einer Krise Gewinner und Verlierer gibt. Mit dem Begriff „systemrelevant“ („Too big to fail“) ging für viele Menschen eine ungerechte Umverteilung von Einkommen und Vermögen einher. So waren vor allem die Staatshilfen aus Rettungsfonds an Banken für viele Menschen schwer nachzuvollziehen, wenn der eigene Arbeitsplatz oder Arbeitsplätze im Familien- oder Freundeskreis – wenn auch nur gefühlt – keine ähnliche staatliche Unterstützung erfuhren.

Dabei waren die ökonomischen und sozialen Entwicklungen während und nach der jüngsten Krise global äußerst unterschiedlich. Galten die Vereinigten Staaten seit Mitte der 90er-Jahre bis 2001 aufgrund ihrer positiven Entwicklung der Arbeitslosenquote als arbeitsmarktpolitisches Vorbild,⁴ so verzeichneten sie im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise einen hohen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Demgegenüber stand die Bundesrepublik Deutschland exemplarisch für diejenigen Staaten mit einem nur geringen Anstieg der Arbeitslosenzahlen.

Aber bedeutet Arbeit gleichzeitig auch Teilhabe? In Jahr 1986 formulierte die US-amerikanische Bischofskonferenz in einem vielbeachteten Hirtenbrief über die katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit und verknüpfte sie direkt mit Beteiligungsgerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit sei demnach einerseits die Pflicht zu aktiver und produktiver Teilnahme am Gesellschaftsleben und andererseits die Pflicht der Gesellschaft, jedem Einzelnen diese Teilnahme zu ermöglichen: „Social justice implies that persons have an obligation to be active and productive participants in the life of society and that society has a duty to enable them to participate in this way“ (United State Bishops, 17).

Teilhabe, oder auch Beteiligungsgerechtigkeit als Verständnis sozialer Gerechtigkeit geht also über den Teilhabeanspruch eines Teilhabekapitalismus hinaus: In einem Teilhabekapitalismus kann mit wirtschaftlich prosperierenden Zeiten eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades und der Arbeitsentgelte verbunden sein; in wirtschaftlich schlechten Zeiten aber ließen sich von einem Teilhabekapitalismus keine Normen ableiten, dem Einzelnen eine aktive und produktive Teilhabe am Gesellschaftsleben zu ermöglichen. Daher sind Teilhabe und Teilhabekapitalismus qualitativ voneinander zu unterscheiden.

Eine Annäherung an den Teilhabebegriff unternimmt Rainer Land. Er sieht Teilhabe „als einen Entwicklungsmodus des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit, im Unterschied zu dem [...] Entwicklungsmodus den Marx „Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ nannte. Teilhabe bedeutet elementar, dass die Lohnarbeit einen Anteil am wachsenden Reichtum der Gesellschaft aneignet“ (Land 2008, 22). Rainer Lands These ist, „dass in der Mitte des 20. Jahrhunderts eine Transformation des Produktionsverhältnisses von Kapital und Lohnarbeit aus der Subsumtion der Lohnarbeit unter das Kapital in ein Verhältnis der Teilhabe der Lohnarbeit am wachsenden Reichtum erfolgte“ (Land 2008, 24).

So abstrahiert Rainer Land die Marxschen Subsumtionstendenzen aus dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit für Teilhabe in drei Dimensionen:

- a) Transformation des Arbeitsprozesses – Qualifikation, Kreativität und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung sollen Momente der Kapitalverwertung werden,
- b) universelle Entwicklung der arbeitenden Menschen über die Funktion der Arbeitskraftreproduktion hinaus und
- c) Anteil am wachsenden Reichtum, an den wachsenden Entwicklungsmöglichkeiten, an neuen Konsumgütern, aber auch an Bildung und Kultur.

Teilhabe bedeutet also quantitativ einen gleichen Anteil am Zuwachs (Land 2008, 25-26). Für die Bundesrepublik Deutschland sieht Rainer Land Teilhabe in folgenden Bereichen hergestellt:

- Teilhabe am wachsenden Reichtum über produktivitätsorientierte Löhne und Massenkonsum,
- Teilhabe in Form von Schutzrechten (Arbeitsschutz, Verbraucherschutz, Kündigungsschutz usw.),
- Teilhabe durch standardisierte soziale Sicherungssysteme (Massensysteme) und
- Teilhabe durch standardisierte Mitbestimmungsrechte (Betriebsverfassung, etc.) (Land 2008, 31-32).

Nicht nur Rainer Lands Einordnung des Teilhabebegriffs zeigt seine Vielschichtigkeit. Auch Peter Bartelheimer und Jürgen Kädtler zeigen die Problematik einer Bestimmung auf: „Benötigt wird ein mehrdimensionaler und relativer Begriff: Teilhabestandards müssen in einer Reihe von Dimensionen entsprechend den Möglichkeiten einer gegebenen Gesellschaft bestimmt werden. Erreichte Teilhabeniveaus müssen sich abgestuft darstellen lassen, als mehr oder weniger Teilhabe und nicht als simples „Draußen“ oder „Draußen“. Gleichzeitig aber müssen für wesentliche Teilhabedimensionen Ungleichheitsschwellen (fault lines) bezeichnet werden, deren Unterschreiten gesellschaftlich nicht hinnehmbar ist und sozialstaatliche Sicherungsleistungen auslöst. Und Teilhabe muss über den gesamten Lebensverlauf betrachtet werden, also nicht nur als Zustand, sondern auch als biografisches Muster“ (Bartelheimer 2012, 53).

Bei den genannten Annäherungen und Einordnungen des Teilhabebegriffs fällt auf, dass Teilhabe übereinstimmend nicht als Zustand, sondern als Prozess verstanden wird. Ebenso werden damit Möglichkeiten (in unterschiedlichen Dimensionen) verknüpft, am und im gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Teilhabe impliziert daher auch ein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, welche sich in unterschiedlichen Beziehungen zwischen Arbeit und Teilhabe ausdrücken lässt. In einer ersten Annäherung werden in diesem Kapitel drei wesentliche Beziehungen zwischen Arbeit und Teilhabe herausgestellt:

- a) Teilhabe am Arbeitsleben: Welche Chancen haben Menschen am Arbeitsleben teilzuhaben?
- b) Teilhabe im Arbeitsleben: Welche materiellen und immateriellen Teilhabemöglichkeiten sind gegeben? und
- c) Teilhabe mit Arbeit: Welche gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten sind mit Arbeit gegeben?

In einem zweiten Schritt wird der internationale Vergleich auf je zwei Wohlfahrtsstaaten eines Typs gerichtet, welche nach der Typologie von Esping-Andersen entweder als sozialdemokratisch, als konservativ oder als liberal bezeichnet werden können. Für die konservativen Wohlfahrtsstaaten⁵ wird neben Deutschland der Blick auf Frankreich gelegt. Schweden und Dänemark sollen exemplarisch als sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten herangezogen werden und die USA und Großbritannien als Beispiele für liberale Wohlfahrtsstaaten. Diese klassische Einteilung der Wohlfahrtsstaaten wurde mittlerweile weiterentwickelt, da auch vom mediterranen und postsozialistischen Wohlfahrtsstaatstypus gesprochen wird. Für den Untersuchungszeitraum scheint die ältere Einteilung jedoch geeigneter, da er mit Beginn der Ölkrise 1973 einsetzt und die Länder mithin dieser Typologie zuzuordnen sind.

Verknüpfung von Arbeit und Teilhabe

Für die Verknüpfung von Arbeit und Teilhabe werden für diesen Vergleich zwei Dimensionen dargestellt, anhand derer Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Teilhabe qualifiziert werden können und mit denen Arbeit und Teilhabe international verglichen werden kann.

Problematisch dabei ist, wie eingangs erwähnt, die Vielschichtigkeit des Begriffs Teilhabe und das daraus resultierende Problem der Operationalisierbarkeit. Daher können im Rahmen dieses Beitrags ledig-

lich einige Aspekte von Teilhabe aufgegriffen und verglichen werden – eine holistische Betrachtung des Teilhabebegriffs wird (auch was die Ursachen unterschiedlicher Teilhabechancen angeht) weiterführenden Bearbeitungen vorbehalten bleiben müssen.

Für die Messung von Teilhabeaspekten werden ausgewählte Indikatoren der OECD herangezogen, da durch diese ein relativ breites Spektrum an gesellschaftlichen Fortschrittsindikatoren abdeckt wird. Die Auswahl der Indikatoren wird vor allem nach Gesichtspunkten der Politikrelevanz, Datenqualität und Vergleichbarkeit erfolgen. Die ausgewählten Indikatoren werden den vorgeschlagenen Teilhabedimensionen zugeordnet und dort, wo das OECD-Indikatorenset nicht ausreichend ist,⁶ durch weitere Indikatoren ergänzt.

Für einen Vergleich lassen sich die Dimensionen von Teilhabe am Arbeitsleben und im Arbeitsleben zeigen. Im Folgenden werden beide Dimensionen abgestuft dargestellt.

Vergleich der Ausprägungen von Teilhabe am Arbeitsleben

Teilhabe am wachsenden Reichtum über produktivitätsorientierte Löhne, oder Teilhabe in Form von Schutzrechten (Arbeitsschutz, Kündigungsschutz) oder auch Teilhabe an und durch Mitbestimmungssysteme setzt grundsätzlich Teilhabe am Arbeitsleben voraus. Daher ist ein Vergleich der Teilhabe am Arbeitsleben essentiell, wenn Teilhabe am Arbeitsleben Grundvoraussetzung ist für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Nicht nur der moralische Imperativ gesellschaftlicher Normen, sondern auch Arbeitsmarktpolitik selbst zielt darauf ab, dass Menschen am Arbeitsleben teilhaben können.

Exemplarisch seien hier für Deutschland die Bundesagentur für Arbeit oder die Jobcenter genannt, die flankiert durch das Sozialgesetzbuch SGB II und SGB III das Ziel verfolgen, Menschen in das Arbeitsleben zu integrieren. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch sind nicht darauf angelegt, gesellschaftliche Teilhabe auf Dauer zu sichern, sondern allein für die Dauer von Erwerbslosigkeit und Arbeitssuche. Dies zeigt im Umkehrschluss: Arbeit wird als Voraussetzung betrachtet, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zu sichern.

Im Zuge der globalen Krisen stiegen die Arbeitslosenzahlen deutlich. Als problematischer erwies sich, dass in Phasen der Hochkonjunktur

die Arbeitslosenzahlen nicht mehr auf das ursprüngliche Niveau zurückgingen, sondern jede Krise eine jeweils höhere Sockelarbeitslosigkeit hinterließ. Vor allem in den 1990er-Jahren wurden Strukturwandel und technische Rationalisierungen unter dem Aspekt „Wachstum ohne Beschäftigung“ thematisiert.

Der ehemalige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel bringt dies auf den Punkt: „Im Trend der Weltwirtschaft gibt es Widersprüche, deren Aufhebung man sich schwer vorstellen kann: Die Einsparung von immer mehr Arbeitsplätzen und der immer umfassender werdende Maschineneinsatz geschehen mit dem Ziel, immer mehr Produkte herzustellen, die immer mehr Leute kaufen sollen, die gut-bezahlte Arbeitsplätze haben und sich deshalb die Produkte leisten können. Es fragt sich schon, ob die Weltwirtschaft auf lange Sicht nicht mit den Arbeitsplätzen ihre Kunden abschafft“ (Stuttgarter Zeitung, 5). Die Problematik erfährt eine noch größere Brisanz, wenn man bedenkt, dass Unternehmen mit den Jobs nicht nur potenzielle Kunden ihrer Produkte abschaffen, sondern mit dem Verlust von Jobs auch die für die Gesellschaft essentielle Sozialfunktion der Arbeit erodiert.

Arbeit ist außer der Erzielung von Einkommen förderlich für soziale Prozesse. Durch Arbeit entwickeln sich Sozialkontakte, individuelle Handlungsmöglichkeiten und sie prägt das Selbstverständnis von Menschen (Klein 2005, 283; Mau/Verwiebe 2009, 134). „Auch durch die Früchte der Arbeit ergeben sich Gelegenheiten zu Austausch, Beziehung und Begegnung. Man kann die Arbeit daher nicht richtig bewerten, ohne auch ihre soziale Seite in Betracht zu ziehen“ (Kompendium der Soziallehre der Kirche 2006, 209). Arbeit hat also eine personale Dimension, weil ihr eine sozialintegrative Funktion zuteilwird (Mau/Verwiebe 2009, 134). Weil also allein die Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsmarkt eine Grundvoraussetzung für Teilhabe darstellt (Arbeit generiert Einkommen, aber dient auch der Entwicklung des Menschen über die Funktion als Arbeitskraft hinaus), wird mit der Dimension „Ausprägungen von Teilhabe am Arbeitsleben“ verglichen werden, welchen Zugang Menschen in die Arbeitswelt haben. Als Indikatoren sollen hierfür herangezogen werden:

- a) Beschäftigungsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht,
- b) Arbeitslosenquoten insgesamt sowie nach Geschlecht und Migration,
- c) Langzeitarbeitslosigkeit.

Vergleich der Ausprägungen von Teilhabe im Arbeitsleben

Neben Möglichkeiten der Teilhabe an Arbeit stellt sich in einem zweiten Schritt die Frage nach Teilhabe im Arbeitsleben. Inwiefern also ist Erwerbsarbeit zum Beispiel im Kontext von Verdienst, Verteilungsgerechtigkeit, Zeitaufwand und Mitarbeiterbeteiligung „lohnenswert“? Daher wird mit der Dimension „Ausprägungen von Teilhabe im Arbeitsleben“ verglichen, in welchem Maße den Menschen Teilhabe im Arbeitsleben möglich wird. Als Indikatoren werden hierfür herangezogen:

- a) BIP pro Kopf, Arbeitsentgelte und verfügbares Einkommen privater Haushalte,
- b) Einkommensungleichheit,
- c) Durchschnitt der effektiv geleisteten Arbeitsstunden,
- d) Grad materieller Beteiligung der Arbeitnehmer.

Über die beiden genannten Dimensionen hinaus könnten ergänzend die Ausprägungen gesellschaftlicher Teilhabe über das Arbeitsleben hinaus verglichen werden. Denn: Arbeit dient nicht nur dem Zwecke der materiellen Bedürfnisbefriedigung. Da der Fokus jedoch auf Arbeit und Teilhabe liegt, wird kein Vergleich der Teilhabe über das Arbeitsleben hinaus geleistet werden können. Diese Dimension ist vielmehr als Anregung zu verstehen, in weiterführenden Arbeiten gesellschaftliche Teilhabe neben dem Arbeitsleben zu vergleichen. Als Indikatoren könnten hierfür beispielsweise Teilhabe an und durch ehrenamtliche Tätigkeiten oder Teilhabe an Lebensqualität, Glücksempfinden etc. herangezogen werden.

Internationaler Vergleich von Arbeit und Teilhabe⁷

Im Folgenden werden einzelne Indikatoren der Dimensionen gezeigt und miteinander verglichen. Dabei werden in einem ersten Schritt die Daten der jeweiligen Indikatoren deskriptiv dargestellt. Im Hinblick auf einen internationalen Vergleich von Arbeit und Teilhabe werden diese in einem zweiten Schritt zueinander in Bezug gesetzt. Ziel des Vergleichs ist es, etwaige Muster in den jeweiligen Ländern im Hinblick auf Teilhabe und Arbeit herauszuarbeiten und anschließend im Vergleich tabellarisch darzustellen.

Dimension I:

Vergleich der Ausprägungen von Teilhabe am Arbeitsleben

Als ein Indikator werden die Beschäftigungsquoten der einzelnen Länder betrachtet. Sie zeigen den Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und spiegeln somit das Ausmaß der Nutzung zur Verfügung stehender Arbeitskräfteressourcen wider. Die Beschäftigungsquote eignet sich daher als ein Indikator für den Zugang zum Arbeitsleben.

Tabelle 1: Beschäftigungsquoten⁸.

	Insgesamt					Männer					Frauen				
	1973	1985	1990	2000	2010	1973	1985	1990	2000	2010	1973	1985	1990	2000	2010
D	68,7	62,3	64,8	66,2	72,4	88,8	76,3	76,4	73,8	77,6	49,7	48,3	52,8	58,6	67,1
F	-	61,2	61,2	62,0	64,4	-	72,8	71,5	69,1	68,7	-	49,9	51,2	55,0	60,2
USA	67,1	70,8	74,3	76,4	69,8	86,0	81,6	83,1	83,4	74,5	49,7	60,7	65,8	69,7	65,2
GB	-	67,8	73,7	73,4	72,4	-	79,2	83,7	80,5	77,7	-	56,4	63,8	66,5	67,1
S	75,2	81,3	84,4	75,7	74,5	88,0	85,2	87,0	78,1	77,4	62,1	77,3	81,8	73,1	71,4
DK	-	75,6	77,1	77,0	75,0	-	82,9	82,5	81,4	78,0	-	68,3	71,5	72,5	72,0

Quelle: OECD 2012.

Eine Gesamtbetrachtung der Beschäftigungsquoten der zu vergleichenden Länder zeigt, dass die Beschäftigungsquote Schwedens größtenteils über den Beschäftigungsquoten der Vergleichsstaaten liegt. Sie liegt zu Beginn des Untersuchungszeitraumes bei 75,2 Prozent, im Jahr 1990 bei 84,4 Prozent und im Jahr 2010 mit 74,5 Prozent marginal unter dem Wert von 1973. Die geringsten Beschäftigungsquoten sind innerhalb des Untersuchungszeitraums in Frankreich zu beobachten. Hier liegt der Wert im Jahr 1973 bei 68,7 Prozent und ist auch im Jahr 2010 mit 64,4 Prozent der geringste Wert im Vergleich mit den untersuchten Ländern. Die USA und Großbritannien liegen innerhalb des untersuchten Zeitraumes im Mittelfeld.

In allen untersuchten Staaten ist über den gesamten Untersuchungszeitraum ein Anstieg der Beschäftigungsquoten zu verzeichnen; in Schweden und Dänemark hingegen ist der Peak in den 1990er-Jahren überschritten worden und zum Ende des Untersuchungszeitraums in etwa wieder auf das Niveau von 1973 gefallen. Auffällig hierbei ist, dass während der Beschäftigungs-Peaks in den liberalen und den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten die konservativen

Wohlfahrtsstaaten nur eine marginale Steigerung der Beschäftigungsquote verzeichneten. In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten liegt die Beschäftigungsquote insgesamt fast über den gesamten Untersuchungszeitraum am höchsten.

Die Beschäftigungsquoten der Männer sind über den gesamten Untersuchungszeitraum in allen Ländern rückläufig. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes liegen sie in den Ländern fast auf einem ähnlichen Niveau; zum Ende des Untersuchungszeitraumes nehmen die Unterschiede zu.

Die Beschäftigungsquoten der Frauen weisen im Vergleich zu der Quote der Männer ein geringeres Anfangsniveau auf, wobei in allen Ländern ein Anstieg der Frauen-Beschäftigungsquote zu verzeichnen ist. Augenfällig ist hier Schweden, das mit 62,1 Prozent eine im Vergleich zu Deutschland (49,7 Prozent) und den USA (49,7 Prozent) ausgeprägte Beschäftigungsquote der Frauen verzeichnete.

Zwischen 1973 und 1985 findet sich der größte Anstieg in den USA und in Schweden; in Deutschland und Frankreich entwickelt sich diese Quote verhaltener – sie erfährt zwischen 1985 und 2010 einen Schub, während in den USA, Großbritannien und Dänemark in dieser Zeit nur ein geringer Zuwachs festzustellen ist. Im gesamten Untersuchungszeitraum liegen die Frauen-Beschäftigungsquoten unter den Beschäftigungsquoten der Männer; wenngleich sich die Quoten innerhalb dieses Zeitraumes stark angenähert haben.

Beachtenswert ist, dass in den Staaten mit hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, wie Schweden, Dänemark und Großbritannien, die Nachfrage nach Arbeitskräften groß ist (Vgl. hierfür auch Mau/Verwiebe 2009, 135). Dies zeigt, dass sich hohe Lohnkosten nicht zwangsläufig nachteilig auf Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsmarkt auswirken. Ebenso frappierend ist, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen besonders in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten ausgeprägt ist und sich auf hohem Niveau gut entwickelt (Mau/Verwiebe 2009, 136).

Schließlich könnte man vermuten, dass in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten aufgrund des hohen Dekommodifizierungsgrads⁹ der Wunsch nach Arbeit geringer ausgeprägt ist und folgerichtig die Beschäftigungsquoten geringer sind – dies ist mitnichten der Fall. Es untermauert die Annahme, dass der Zweck von Arbeit eben nicht nur

auf Einkommenserzielung fokussiert, sondern beispielsweise auch das Knüpfen sozialer Kontakte und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Die Gründe für die hohe Ausprägung und gute Entwicklung der Frauenerwerbsbeteiligung in den liberalen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaattypen sind mannigfaltig:¹⁰

- In den skandinavischen Staaten ist eine hohe Teilzeitquote, die mitunter auch staatlich gefördert ist, ursächlich für eine hohe Frauenerwerbsquote.
- In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten ist der Wohlfahrtsstaat selbst mit ursächlich: Hier sind in der öffentlichen Verwaltung sowie im Gesundheits- und Erziehungswesen, einem Bereich, in dem mehrheitlich Frauen arbeiten, viele Jobs entstanden.
- In den liberalen Wohlfahrtsstaaten sind ein geringer Dekommodifizierungsgrad, gute Ausbildung der Frauen und eine hohe Arbeitskräftenachfrage ursächlich für die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Vor allem in den letzten Jahren haben sich die Unterschiede der Erwerbsbeteiligung zwischen Männern und Frauen verringert. In der Quintessenz haben sich über diese Assimilation der Arbeitsmarktintegrationschancen auch die Einkommens- und Teilhabechancen von Männern und Frauen angeglichen (Mau/Verwiebe 2009, 137).

Tabelle 2: Beschäftigungsquoten nach Alterskohorten.

	20 bis 24 Jährige					55 bis 64 Jährige				
	1973	1985	1990	2000	2010	1973	1985	1990	2000	2010
D	74,9	67,6	70,4	65,3	63,8	45,4	35,5	36,8	37,6	57,7
F	-	60,2	57,4	47,9	49,2	-	33,1	30,7	29,3	39,7
USA	66,9	69,6	70,9	72,2	60,3	56,9	51,8	54,0	57,8	60,3
GB	-	67,9	75,4	68,5	62,4	-	47,0	49,2	50,4	56,7
S	69,8	76,9	79,7	60,2	57,1	62,8	65,1	69,5	65,1	70,6
DK	-	74,7	71,3	73,9	67,5	-	50,1	53,6	54,6	57,6

Quelle: OECD 2012.

Berufseinsteiger und ältere Menschen haben in der Regel größere Probleme in das Arbeitsleben (re-)integriert zu werden. Der Blick auf die Beschäftigungsquoten der 20- bis 24-Jährigen zeigt, dass diese über den Untersuchungszeitraum in allen Ländern rückläufig ist.

Frankreich weist hierbei die niedrigste Beschäftigungsquote der unter 25-Jährigen auf. Die höchsten Beschäftigungsquoten weisen Deutschland und Dänemark auf, wobei Schweden einen frappierenden Rückgang von 79,7 Prozent im Jahr 1990 auf 57,1 Prozent im Jahr 2010 zu verzeichnen hat. Ebenso augenfällig ist die Beschäftigungsquote der unter 25-Jährigen in Frankreich: Sie ist von 60,2 im Jahr 1985 auf 47,9 Prozent im Jahr 2000 gesunken und hält sich bis 2010 mit 49,2 Prozent fast auf einem ähnlichen Niveau.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass es zu kurz gegriffen wäre hier zu folgern, die Teilhabechancen am Arbeitsmarkt für Menschen zwischen 20 und 24 Jahren hätten sich in den untersuchten Ländern durchweg verschlechtert. Diese Entwicklung lässt sich viel mehr auf (veränderte) Bildungs- und Ausbildungssituationen zurückführen.

Aufgrund der unvollständigen Datenlage über die Entwicklung des „Education-Level“ ließen sich über die OECD lediglich Daten für den Zeitraum 2002 bis 2007 generieren. Für diesen Zeitraum kann festgestellt werden, dass die sinkenden Beschäftigungsquoten der unter 25-Jährigen auf bessere Teilhabe(-chancen) an Bildung zurückzuführen sind. Diese Entwicklung liefert allerdings auch Indizien für die sinkende Bedeutung der Berufsausbildungen.

Mit der industriellen Produktion, die sich vor allem in den Hochlohnländern zunehmend auf Hochtechnologie und Nischenprodukte spezialisieren muss, gewinnen Forschung und Entwicklung, und damit Fachhochschulen und Universitäten an Bedeutung (Deutsche Bundesbank 2007, 43). Mit diesen (längeren) Ausbildungen an Fachhochschulen und Universitäten geht auch eine sinkende Erwerbsbeteiligung der unter 25-Jährigen einher (Deutsche Bundesbank 2007, 43). Die hohe Beschäftigungsquote der USA und Großbritanniens, zwei Staaten mit vorwiegend akademisch geprägten Bildungsverläufen, dürfte auf die kürzeren Ausbildungszeiten in diesen Ländern zurückzuführen sein – die geringe Beschäftigung der unter 25-Jährigen in Frankreich dürfte demgegenüber ein Indiz für schwierige Arbeitsmarktbedingungen sein (Deutsche Bundesbank 2007, 43).

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Beschäftigungsquoten der Menschen zwischen 55 und 64 Jahren. Diese sind über den gesamten Untersuchungszeitraum in allen Ländern steigend. Die Quote ist im Jahr 1973 stark uneinheitlich (Deutschland 45,4 Prozent, USA 56,9

Prozent, Schweden 62,8 Prozent), was sich auch im Verlauf des Untersuchungszeitraumes nicht ändert. Auffällig ist die Beschäftigungsquote Älterer in Frankreich: Sie ist mit 33,1 Prozent im Jahr 1985 relativ niedrig, sinkt bis 2000 auf 29,3 Prozent ab und steigt bis ins Jahr 2010 auf (im Vergleich immer noch geringe) 39,7 Prozent. Einen relativ hohen Zuwachs können Deutschland (45,4 Prozent 1973 auf 57,7 Prozent 2010) und Großbritannien (47 Prozent 1985 auf 56,7 Prozent 2010) verzeichnen.

Berufseinsteigern fehlt die für viele Arbeitgeber wichtige Berufserfahrung (geringere Produktivität), ältere Menschen sind aufgrund ihres Alters für Arbeitgeber meist kostenintensiver oder aber ihnen wird über negative sozialpolitische Anreize die Aufnahme von Arbeit unattraktiv gestaltet (wie beispielsweise mit Frühverrentungsprogrammen oder mit einer verlängerten Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld, das als Brücke in die Rente dient). Dies hat sich vor allem in der Vergangenheit abträglich auf die Teilhabe Älterer am Arbeitsmarkt ausgewirkt (Deutsche Bundesbank 2007, 39, 43).

Allerdings wurden aufgrund der demografischen Entwicklung in einzelnen Ländern und auch aus finanziellen Gründen Frühverrentungsprogramme zurückgefahren und wieder mehr Anreize geschaffen, ältere Arbeitnehmer am Erwerbsleben zu beteiligen (Mau/Verwiebe 2012, 43). Diese politisch forcierten Anreize und weitere fiskalische Neuerungen haben im Ergebnis mit dazu geführt, dass die Erwerbsbeteiligung Älterer im Verlauf zugenommen hat.

Als ein weiterer Indikator ist die Arbeitslosenquoten der einzelnen Länder zu betrachten. Sie bildet Kapazitätsüberhänge am Arbeitsmarkt ab. Arbeitslosigkeit geht meistens einher mit Armutsrisiken, geringeren Konsummöglichkeiten und Abhängigkeiten von Unterstützungsleistungen (Mau/Verwiebe 2012, 137). Arbeitslose haben daher geringere Chancen zur Teilhabe an den mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängenden Vergesellschaftungsprozessen (Mau/Verwiebe 2012, 43).

Tabelle 3: Arbeitslosenquoten.

	Insgesamt					Männer					Frauen				
	1973	1980	1990	2000	2010	1973	1980	1990	2000	2010	1973	1980	1990	2000	2010
D	0,8	2,5	4,8	7,8	7,1	0,7	2,0	-	7,5	7,5	0,9	3,2	-	8,1	6,6
F ¹¹	-	5,3	7,9	8,5	9,4	1,4	3,9	5,9	-	9,0	4,2	8,7	10,2	-	9,7
USA	4,9	7,1	5,6	4,0	9,6	4,2	7,0	5,7	3,9	10,5	6,0	7,4	5,5	4,1	8,6
GB	3,7	6,8	7,1	5,4	7,9	3,0	6,6	7,4	5,9	8,7	4,8	7,1	6,8	4,9	6,9
S	2,5	1,9	1,7	4,7	8,4	2,2	1,7	1,7	5,0	8,5	2,8	2,3	1,6	4,3	8,3
DK	0,9	6,9	8,3	4,6	7,5	0,7	-	7,7	4,1	8,4	1,1	-	8,9	5,2	6,5

Quelle: OECD 2012.

Nicht alle Bevölkerungsgruppen tragen dabei das gleiche Risiko der Arbeitslosigkeit – besonders betroffen: Arbeitsmarkteinsteiger, ältere Arbeitnehmer, Migranten und Frauen. Im Zusammenspiel mit den Beschäftigungsquoten wird sich vergleichend feststellen lassen, wie ausgeprägt die Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben in den jeweiligen Staaten oder Wohlfahrtsstaatstypen sind; also inwiefern die Gesellschaften den von der US-amerikanischen Bischofskonferenz konstatierten Pflichten nachkommen, jedem Einzelnen zu ermöglichen, aktiv und produktiv am Gesellschaftsleben teilhaben zu können.

Für die untersuchten Länder ist über den gesamten Untersuchungszeitraum ein Anstieg der Arbeitslosenquoten festzustellen. Hierbei sind zu Beginn des Untersuchungszeitraums für Deutschland und Dänemark mit 0,8 beziehungsweise 0,9 Prozent relativ geringe Werte zu konstatieren. Auffällig: Die im Jahr 1973 mit 4,9 Prozent hohe Quote der Vereinigten Staaten. Die Arbeitslosenquoten entwickeln sich während des Untersuchungszeitraums heterogen; während sie 1990 in Großbritannien bis auf 7,1 Prozent angestiegen ist, liegt sie in Schweden bei 1,7 Prozent und steigt dort erst zeitlich verzögert bis zum Jahr 2010 auf 8,4 Prozent. Zwischen 2000 und 2010 steigt die Quote in allen untersuchten Staaten teilweise stark an, bis auf Deutschland, wo sie im Jahr 2010 bei 7,1 Prozent unter den Wert von 2000 (7,8 Prozent) gesunken ist. Eine Sonderrolle in diesem Vergleich nimmt die Bundesrepublik Deutschland seit der deutschen Vereinigung ein. Trotz der steigenden Arbeitslosenquote hat sich hier allerdings die Beschäftigungsquote weiter positiv entwickelt.

Wird die Entwicklung der Beschäftigungsquoten mit der Entwicklung der Arbeitslosenquoten verglichen, zeigt sich, dass steigendes Arbeitskräfteangebot nicht zu einer höheren Arbeitslosenquote führen muss.¹² Im Umkehrschluss gilt hier auch, dass eine Verknappung des Arbeitskräfteangebots nicht zwangsläufig zu einer Reduktion der Arbeitslosenquote führt – es fällt (außer in den USA und Großbritannien, da hier traditionell eine hohe Erwerbsbeteiligung vorliegt) eine negative Korrelation zwischen Beschäftigungswachstum und Rückgang der Arbeitslosigkeit auf.¹³

Bei der Betrachtung der geschlechterspezifischen Arbeitslosenquoten fällt auf, dass die Arbeitslosenquoten der Männer und der Frauen über den gesamten Verlauf ansteigen. Die USA und Großbritannien weisen hierbei zu Beginn des Untersuchungszeitraumes eine relativ hohe Frauenarbeitslosenquote auf. Insgesamt ist augenfällig, dass die Frauenarbeitslosenquoten zu Beginn des Untersuchungszeitraumes über der Quote der Männer liegt, zum Ende des Untersuchungszeitraumes hin zeigt sich jedoch ein umgekehrtes Bild: Die Arbeitslosenquote der Frauen liegt in allen untersuchten Staaten – bis auf Frankreich – unter der Quote der Männer.

Wie lassen sich geschlechterspezifische Unterschiede der Arbeitslosenquoten erklären? Frauen finden überwiegend in der Dienstleistungsbranche, in kleineren Betrieben oder im öffentlichen Sektor Beschäftigung (Mau/Verwiebe 2012, 138). Diese Branchen sind von Land zu Land unterschiedlich ausgeprägt – so ist beispielsweise der öffentliche Sektor in den skandinavischen Ländern und in Deutschland gut ausgebaut (Mau/Verwiebe 2012, 138). Weiter sind Frauen häufiger von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen und sind dadurch mehr Risiken ausgesetzt als Männer. Vor allem in typischen Frauenberufen (Dienstleistung, Pflege, Tourismus) ist der Konkurrenzdruck für Frauen aufgrund eines hohen Anteils weiblicher Migranten verschärft, was sich auch in der Arbeitslosenquote niederschlägt (Mau/Verwiebe 2012, 138). Es zeigt sich, dass Frauen vom strukturellen Wandel der Ökonomien und dem wachsenden Dienstleistungssektor (zumindest quantitativ) profitieren können.

Zunehmende Verflechtungen der Weltwirtschaft, strukturelle Veränderungen der Arbeitsmärkte (Förderung von Teilzeitarbeit, steuerliche Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen), ein Zuwachs an Hochqualifizierten und wirtschaftliche Prosperität haben zu einem

Rückgang der Frauenarbeitslosenquote in den einzelnen Ländern geführt: die Arbeitslosigkeit der Frauen sinkt sogar deutlicher, als die der Männer (Mau/Verwiebe 2012, 138). Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist folglich in der Tendenz (rein quantitativ betrachtet) weniger Geschlechter diskriminierend.

Tabelle 4: Arbeitslosenquoten von Migranten.

	Männer			Frauen		
	1995	2000	2007	1995	2000	2007
D	-	12,9	14,9	-	12,1	13,5
F	16,6	14,5	11,9	19,0	19,7	15,1
USA	7,9	4,5	4,8	8,2	5,5	4,0
GB	14,2	9,6	7,0	10,9	7,8	8,4
S	24,8	12,3	11,7	18,5	10,8	12,6
DK	20,5	9,5	8,6	20,7	9,6	7,9

Quelle: OECD 2012Quelle: OECD 2012.

Für die Arbeitslosenquoten der Migranten ließen sich vergleichbare Zahlen nur von 1995 bis 2007 entnehmen. Ein Blick auf sie zeigt, dass die Quote im Untersuchungszeitraum in allen Staaten, mit Ausnahme von Deutschland, sinkt. In den Vereinigten Staaten zeigt sich bei den männlichen Migranten ein mit 7,9 Prozent im Jahr 1995 relativ geringes Niveau der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquoten der Migranten entwickeln sich in den liberalen Wohlfahrtsstaaten auf einem geringen Niveau relativ günstig; die USA weisen im Jahr 2007 lediglich eine Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent bei den männlichen und von 4,0 bei den weiblichen Migranten auf. Betrachtet man die männlichen und weiblichen Migranten über den gesamten Untersuchungszeitraum fällt auf, dass die Quote der Männer in den liberalen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten um die Hälfte beziehungsweise um mehr als die Hälfte sinkt. Die Arbeitslosenquote der weiblichen Migranten sinkt lediglich in Dänemark und den Vereinigten Staaten ähnlich stark.

Die Integration von Migranten am Arbeitsmarkt hängt maßgeblich von deren Bildungsniveau ab. Ist dieses niedrig, desto bedeutender sind „Migrationsnetzwerke“ und „ethnische Enklaven“ für die Migranten. Diese sind wiederum dem Erwerb von Sprachkompetenz abträglich, was die Möglichkeiten von kultureller und sozialer Teilhabe ein-

schränkt und Teilhabechancen an Bildung und in der Arbeitswelt erschwert (Brücker/Burkert 2010, 4-5). Grundsätzlich kann gesagt werden: Mangelnde Sprachkenntnisse von Migranten stellen ein wesentliches Integrationshemmnis dar (IZA Research Report No. 16 2008, 42).

Auch in Deutschland sind fehlende Sprachkenntnisse von Migranten ursächlich für ihr vergleichsweise geringes Bildungsniveau (IZA Research Report No. 16 2008, 33). Problematisch zeigt sich hier die im internationalen Vergleich vor allem in Deutschland geringe Durchlässigkeit des Bildungssystems, in dem sich die geringe Qualifikation der Zuwanderer verfestigt hat. In der Bundesrepublik bestimmt das Bildungsniveau der Eltern nach wie vor maßgeblich die Bildungschancen der Kinder (Brücker/Burkert2010, 5). Hier haben es vor allem Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern schwer, ihre Potenziale optimal zu entwickeln.

In Frankreich ist der Besitz der französischen Staatsbürgerschaft Voraussetzung für die Berufszulassung und eine zentrale Integrationsbarriere für Migranten (IZA Research Report No. 16 2008, 29). Auch dort erhalten Menschen mit Migrationshintergrund eine durchweg geringere Schulbildung – 41 Prozent der Migranten verfügen lediglich über einen Grundschulabschluss oder einen Abschluss mit weniger als sieben Schuljahren, nur 27 Prozent können einen mittleren Schulabschluss vorweisen (IZA Research Report No. 16 2008, 29). Es gibt eine starke Abhängigkeit der Bildungschancen vom sozialen Status und vom Wohnumfeld; die soziale und kulturelle Distanz zwischen Migranten und Einheimischen stellt in Frankreich ein entscheidendes Integrationshemmnis dar (IZA Research Report No. 16 2008, 29).

Scheinbar gelingt in den Vereinigten Staaten die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt besser. Sie beruht dort auf „relativ geschlossenen Immigrantenökonomien mit entsprechenden Sozialstrukturen“ (Ganßmann/Haas 1999, 55), in denen Immigranten relativ schnell Beschäftigung finden können, jedoch häufig in relativ geringen Lohn- und Sozialstrukturen verharren (Ganßmann/Haas 1999, 55).

Tabelle 5: Langzeitarbeitslosenquoten.

	1973	1985	1995	2000	2010
D	-	47,8	48,7	51,5	47,4
F	-	45,2	42,5	39,6	40,1
USA	3,3	9,5	9,7	6,0	29,0
GB	-	50,3	43,6	28,0	32,6
S	-	11,4	27,8	26,4	16,6
DK	-	34,4	27,9	20,0	19,1

Quelle: OECD 2012.

Die Quote der Langzeitarbeitslosen¹⁴ stellt ein besonderes Indiz für die Effizienz von Arbeitsmärkten dar. Eine geringe Langzeitarbeitslosenquote ist ein Indiz für effiziente Arbeitsmärkte und auch für gute Teilhabechancen am Arbeitsleben; eine hohe Langzeitarbeitslosenquote hingegen ist Ausdruck ineffizienter Arbeitsmärkte. Langzeitarbeitslosigkeit ist für Teilhabe deshalb von Belang, weil Phasen langer Arbeitslosigkeit zu einer „Entwertung der bisher erworbenen Fähigkeiten“ (Deutsche Bundesbank 2007, 46) führen und die Wiederaufnahme von Arbeit mit länger werdendem Verlauf für die Betroffenen schwieriger wird (Deutsche Bundesbank 2007, 46).

Zu beobachten ist, dass vor allem für die USA im Jahr 1973 mit 3,3 Prozent ein relativ niedriges Niveau der Langzeitarbeitslosenquote konstatiert werden kann. Auch im Jahr 1985 sticht die Langzeitarbeitslosenquote dort mit 9,5 Prozent (trotz Steigerung) im Vergleich zu den anderen Staaten positiv hervor. Einzig Schweden weist 1985 mit 11,4 Prozent eine nur wenig höhere Quote auf. Auffällig ist, dass sich die Langzeitarbeitslosenquote in den untersuchten Ländern

- entweder über den gesamten Untersuchungszeitraum auf einem hohen Niveau stabilisiert (Deutschland zwischen 47 und 51 Prozent) oder
- stark zunimmt (USA von 3,3 auf 29 Prozent und Schweden von 11,4 auf 16,6 Prozent) oder
- von einem hohen Niveau aus sinkt, aber weiterhin auf einem im Vergleich zur Gesamt-Arbeitslosenquote hohen Niveau verharrt (Frankreich von 45,2 auf 40,1 Prozent; Großbritannien von 50,3 auf 32,6 Prozent; Dänemark von 34,4 auf 19,1 Prozent).

Studien stellen tendenziell eine Korrelation zwischen Arbeitslosenquote und Langzeitarbeitslosenquote fest: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen steigt mit zunehmender Erwerbslosigkeit (BFS Aktuell 2007, 14). Exemplarisch kann dieses Phänomen an den Vereinigten Staaten nachvollzogen werden: Die Arbeitslosenquote verdoppelte sich zwischen den Jahren 2000 und 2010, während sich die Langzeitarbeitslosenquote nahezu vervierfachte. Aber auch Höhe und Dauer der Arbeitslosenunterstützung können als eine Variable für die im Vergleich zu Deutschland und Frankreich geringe Langzeitarbeitslosenquote in den USA (und später auch Großbritannien) gesehen werden. Ein geringes Unterstützungsniveau und eine geringe Dauer der Arbeitslosenunterstützung erhöhen Anreize einer schnellen Arbeitswiederaufnahme (bei sinkendem Anspruchslohn) – auf der anderen Seite sinken die individuellen Anreize für eine Arbeitsaufnahme, umso großzügiger Lohnersatzleistungen ausgeprägt sind (Deutsche Bundesbank 2007, 49).

Die Gründe für die relativ geringe Langzeitarbeitslosenquote in den USA liegen vor allem auch in der im internationalen Vergleich hohen Beweglichkeit¹⁵ des US-Arbeitsmarktes.¹⁶ Die Bewegung aus der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit und zurück ist dort fast zehn Mal so hoch, wie die in Europa (Ganßmann/Haas 1999, 38). In den USA verfestigt sich die Arbeitslosigkeit nach einer Rezession weniger stark als beispielsweise in der Bundesrepublik – dies schlägt sich in dem niedrigeren Anteil statistisch erfasster Langzeitarbeitsloser nieder. In den USA hingegen nimmt die sogenannte perforierte Langzeitarbeitslosigkeit zu: „Kurze, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, die den Zustand der Arbeitslosigkeit unterbrechen, ersetzen die fehlenden Unterstützungszahlungen, die in Europa den Langzeitarbeitslosen eher gewährt werden“ (Ganßmann/Haas 1999, 43). So wechseln in den Vereinigten Staaten häufig und schnell Zeiten der Beschäftigung mit Zeiten der Arbeitslosigkeit: „Das amerikanische System verhindert zwar, flankiert durch die geringen Lohnersatzleistungen, Langzeitarbeitslosigkeit besser als die meisten europäischen Staaten, dafür erzeugt es eine deutlich höhere Mehrfacharbeitslosigkeit“ (Ganßmann/Haas 1999, 137). Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und perforierte Langzeitarbeitslosigkeit finden im öffentlichen Bewusstsein weniger Beachtung, (Ganßmann/Haas 1999, 137) und lassen sich auf den ersten Blick nicht aus der Statistik erfassen.

Zusammenfassung Dimension I: Internationaler Vergleich von Teilhabe am Arbeitsleben¹⁷

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammenfassung des Vergleichs von Teilhabe am Arbeitsleben.

Tabelle 6: Quantitative Einordnung, Niveau und Entwicklung von Teilhabe am Arbeitsleben.

	1a ¹⁸	1b ¹⁹	1c ²⁰	1d ²¹	1e ²²	Σ Dimension I
D	+	+	-	0	-	0
F	0	-	-	+	0	-
USA	0	+	-	+	-	0
GB	+	+	-	+	0	++
S	+	+	-	+	0	++

Quelle: Eigene zusammenfassende Darstellung.

Folgende Indizien können wir – unter Beachtung der begrenzten Indikatorenauswahl – festhalten:

- a) Für alle untersuchten Staaten lässt sich über den Untersuchungszeitraum ein Anstieg der Arbeitslosenquoten konstatieren.
- b) Die Teilhabechancen am Arbeitsmarkt stellen sich in diesem Vergleich in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, vor allem für Dänemark, besonders positiv dar. Hier ist die Beschäftigungsquote auf einem relativ hohen Niveau und auch ältere Menschen partizipieren zunehmend am Arbeitsleben. Zudem entwickeln sich über den Untersuchungszeitraum die Arbeitslosenquote der Migranten und in Dänemark die Langzeitarbeitslosenquote besonders positiv.
- c) Ebenso stellen sich die Teilhabechancen am Arbeitsmarkt für Großbritannien relativ positiv dar. Nicht nur die Beschäftigungsquote zeigt sich hier auf einem hohen Niveau, sondern auch eine relativ geringe Arbeitslosenquote unter den Migranten. In den Vereinigten Staaten sind es stagnierende Beschäftigungsquoten, aber vor allem ein starker Anstieg der Langzeitarbeitslosenquote, die den Teilhabechancen am Arbeitsleben abträglich sind. Für die liberalen Wohlfahrtsstaaten zeigt sich in diesem Vergleich daher ein uneinheitliches Bild was die Teilhabe am Arbeitsleben angeht.

- d) Für Deutschland zeigen sich vor allem eine relativ hohe Arbeitslosigkeit unter den Migranten und durchgehend hohe Langzeitarbeitslosenquoten insgesamt als wenig zuträglich für die Teilhabechancen am Arbeitsleben. Auch zeigt sich für die konservativen Wohlfahrtsstaaten kein einheitliches Bild: Frankreich punktet in diesem Vergleich mit einer positiven Entwicklung der Migrantenarbeitslosigkeit. Vor allem die stagnierende Entwicklung der Beschäftigungsquoten (bei relativ ungünstigen Teilhabechancen jüngerer und älterer Menschen) wirken in Frankreich ungünstig auf Teilhabechancen am Arbeitsleben.

Dimension II:

Vergleich der Ausprägungen von Teilhabe im Arbeitsleben

Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (Pro-Kopf-BIP) dient als etablierter Indikator für den wirtschaftlichen Lebensstandard. Das Pro-Kopf-BIP für sich genommen würde als Indikator von Teilhabe im Arbeitsleben mitnichten ausreichend sein, auch weil das Bruttoinlandsprodukt als Wohlfahrtsindikator nicht unumstritten ist.²³

Allerdings kann es im Vergleich mit dem Pro-Kopf-Arbeitsentgelt Hinweise liefern, in welchem Maße Erwerbstätige an einer Steigerung des BIP, also von einem Zuwachs am wachsenden Reichtum, teilhaben. Auch für Rainer Land stellt „Teilhabe am wachsenden Reichtum über produktivitätsorientierte Löhne“ ein wichtigen prozessualen Aspekt von Teilhabe dar.

Tabelle 7: Pro-Kopf-BIP, in US-Dollar auf Basis jeweiliger Preise und Kaufkraftparitäten.²⁴

	1973	1985	1990	2000	2010
D	4.887	13.747	18.572	25.768	37.411
F	4.736	12.897	17.256	25.249	34.148
USA	6.461	17.546	23.003	35.050	46.588
GB	4.611	11.964	16.336	26.072	35.715
S	5.626	14.883	19.329	27.957	39.326
DK	5.341	14.737	18.479	28.831	40.170

Quelle: OECD 2012.

Innerhalb des Untersuchungszeitraumes kann eine Steigerung des Pro-Kopf-BIP zwischen einer Versechsfachung in Schweden und einer beinahe Versiebenfachung in Großbritannien festgestellt werden.

Das Pro-Kopf-BIP entwickelt sich zwischen 1990 und 2010²⁵ in den untersuchten Staaten zwischen 98 Prozent in Frankreich und 119 Prozent in Großbritannien. Bis auf Großbritannien und Dänemark, wo ein Wachstum des Pro-Kopf-BIP von 117 Prozent festgestellt werden kann, beträgt das Wachstum in den restlichen untersuchten Staaten circa 100 Prozent.

Tabelle 8: Pro-Kopf-Arbeitsentgelte (in US-Dollar, konstante Preise 2010) und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte.

	Pro-Kopf-Arbeitsentgelte			Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte				
	1990	2000	2010	1973	1985	1995	2000	2009
D	32.874 ²⁶	37.695	38.325	-	-	18.747	21.414	29.384
F	30.355	34.194	38.124	3.809	10.446	17.007	21.301	28.716
USA	41.071	49.981	52.607	5.118	14.103	22.418	28.137	39.373
GB	34.896	40.541	44.008	-	-	15.843	21.058	27.692
S	27.366	31.828	36.826	-	-	15.226	18.845	27.274
DK	32.897	37.010	43.190	-	-	15.865	18.498	24.839

Quelle: OECD 2012.

Bedauerlicherweise liegen für die Pro-Kopf-Arbeitsentgelte Daten erst ab dem Jahr 1990 vor. Bei diesen kann im Untersuchungszeitraum eine Steigerungsspanne von 17 Prozent in Deutschland und bis 35 Prozent in Dänemark festgestellt werden. Die höchsten Steigerungsraten verzeichnen Dänemark und Schweden (31 Prozent), die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten. In Frankreich, USA und Großbritannien beträgt die Steigerung zwischen 26 bis 28 Prozent; die relativ geringe Steigerung in Deutschland mit 17 Prozent dürfte auf die deutsche Einheit zurückzuführen sein.

An dieser Stelle kann aber bereits festgehalten werden: Das Pro-Kopf-BIP wächst im gleichen Zeitraum erheblich schneller, als die Pro-Kopf-Arbeitsentgelte. Diese Beobachtung stützt die Vermutung, dass Teilhabe durch Arbeit weniger lohnenswert ist, als über andere Einkommensformen. Um dieses Phänomen fassbarer zu machen,

folgt an dieser Stelle ein Vergleich der Entwicklung der verfügbaren Einkommen privater Haushalte mit der Entwicklung des Pro-Kopf-BIP und der Arbeitsentgelte.

Das verfügbare Einkommen privater Haushalte bildet die Summe der Endverbrauchsausgaben und Ersparnisse der Haushalte ab. Es entspricht der Summe der Löhne, Einkommen aus selbstständiger Arbeit, Einkommen aus Vermögen und Sozialleistungen, abzüglich Einkommens- und Vermögenssteuern sowie der vom Arbeitnehmer, Selbstständigen und Arbeitslosen gezahlten Beiträge zur Sozialversicherung (OECD 2010, 42). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist somit ein wichtiger Indikator für das Wohlergehen und den Lebensstandard. Für diesen Vergleich wird der Indikator Hinweise liefern können bezüglich der von Rainer Land beschriebenen Teilhabe am wachsenden Reichtum, die auch Möglichkeiten zur Teilhabe an Konsum eröffnen soll.

Für den Vergleich der Entwicklung verfügbarer Einkommen privater Haushalte liegen vergleichbare Zahlen nur für Frankreich und die USA für den gesamten Untersuchungszeitraum vor. Für die Entwicklung zwischen 1995 und 2009 kann festgestellt werden: Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte entwickeln sich mit einer Spanne von 57 Prozent (Deutschland und Dänemark) bis 79 Prozent (Schweden) stärker, als die Pro-Kopf-Arbeitsentgelte, jedoch weniger stark als das Pro-Kopf-BIP. Die USA (plus 76 Prozent) und Großbritannien (plus 75 Prozent) liegen hier nur knapp unter der Entwicklung Schwedens. Frankreich liegt mit der Entwicklung der verfügbaren Einkommen (plus 69 Prozent) im Mittelfeld.

Vergleicht man das verfügbare Einkommen der USA und Frankreichs innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums, dann ist für das verfügbare Einkommen privater Haushalte ein stärkerer Anstieg zu verzeichnen, als das Pro-Kopf-BIP in beiden Staaten im gleichen Zeitraum wächst. Dies ist ein Indiz dafür, dass materielle Teilhabe weniger durch Arbeit, sondern eher aufgrund anderer Einkommensformen realisiert wird.

Tabelle 9: Einkommensungleichheit; Gini-Koeffizient nach Steuern und Ausgleich.

	Insgesamt				
	Mitte 1970er	Mitte 1980er	Mitte 1990er	Mitte 2000er	aktueller Rand ²⁷
D	-	0,251	0,285	0,285	0,295
F	-	0,3	0,277	0,288	0,293
USA	0,316	0,337	0,361	0,38	0,378
GB	0,268	0,309	0,336	0,331	0,342
S	0,212	0,198	0,211	0,234	0,259
DK	-	0,221	0,215	0,232	0,248

	Bevölkerung im Erwerbsalter (18-65)					Bevölkerung im Rentenalter (ab 65)				
	Mitte 1970er	Mitte 1980er	Mitte 1990er	Mitte 2000er	aktueller Rand	Mitte 1970er	Mitte 1980er	Mitte 1990er	Mitte 2000er	aktueller Rand
D	-	0,246	0,267 ²⁸	0,228	0,3	-	0,261	0,254	0,27	0,284
F	-	0,3	0,28	0,228	0,292	-	0,29	0,262	0,283	0,291
USA	0,304	0,326	0,351	0,373	0,37	0,355	0,355	0,36	0,389	0,386
GB	0,264	0,305	0,334	0,331	0,345	0,258	0,255	0,276	0,268	0,279
S	0,201	0,195	0,216	0,236	0,259	0,212	0,181	0,198	0,217	0,259
DK	-	0,209	0,206	0,228	0,243	-	0,197	0,186	0,201	0,218

Quelle: OECD 2012.

Einen weiteren Teilhabeindikator stellen Einkommensungleichheiten dar. Die OECD misst Einkommensungleichheiten anhand von fünf verschiedenen Indikatoren: Gini-Koeffizient, Mean-Log-Deviation, Standard-Variationskoeffizient, 90/10-Dezilverhältnis und 50/10-Dezilverhältnis.²⁹ Für den Vergleich der Einkommensungleichheiten wird an dieser Stelle der Fokus auf den Gini-Koeffizienten gelegt. Er ist ein anerkanntes Maß zur Messung von Ungleichverteilungen, die im Falle vollkommener Gleichverteilung bei 0 und im Falle vollkommener Ungleichverteilung bei 1 liegt (OECD 2010, 234).

Einkommensungleichheiten sind eine der offensichtlichsten Ausdrucksformen von Unterschieden im Lebensstandard innerhalb eines Landes. Hohe Einkommensunterschiede können Ausdruck hoher Erwerbslosigkeit oder eines ausgedehnten Niedriglohnssektors sein (OECD 2010, 234). Einkommen gehen auch mit Möglichkeiten zur

Verwirklichung von Lebenszielen einher: „An ihrer innergesellschaftlichen Verteilung lässt sich ablesen, ob wir es mit deutlich ungleich verteilten Lebenschancen zu tun haben, und ob die vertikale Ressourcenverteilung über die Zeit gleicher oder ungleicher wird“ (Mau/Verwiebe 2009, 178).

Einkommensungleichheiten liefern wichtige Indizien für gleich mehrere Teilhabedimensionen: , für Teilhabe an Transformationen im Arbeitsprozess (Stichwort: Teilhabe an Qualifikation, Kreativität und Selbstbestimmung im Arbeitsprozess) und Teilhabe am wachsenden Reichtums.

Ein Blick auf die Entwicklung der Einkommensungleichheiten zeigt, dass diese während des gesamten Untersuchungszeitraumes in allen Staaten (bis auf Frankreich) ansteigt. Schweden und Dänemark, die hier exemplarisch für die Sozialdemokratischen Wohlfahrtstaaten stehen, haben ein relativ geringes Ungleichheitsniveau Mitte der 1970er-Jahre zu verzeichnen, dieses steigt zwar bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes an, ist aber dennoch im Vergleich zu den anderen Staaten geringer ausgeprägt. Am stärksten ausgeprägt sind die Einkommensungleichheiten in den Vereinigten Staaten. Hier liegt das Niveau Mitte der 70er-Jahre über 0,3 (ab einem Gini-Koeffizienten von 0,3 wird von einem kritischen Ungleichheitsniveau gesprochen) und entwickelt sich insgesamt bis auf ein Niveau von 0,378. In Großbritannien haben sich die Einkommensungleichheiten stark negativ entwickelt: lag das Ungleichheitsniveau hier Mitte der 70er-Jahre noch bei 0,268, ist es aktuell bis auf 0,342 angestiegen. Im Mittelfeld zwischen Dänemark und Schweden auf der einen und USA und Großbritannien auf der anderen Seite liegen Deutschland und Frankreich. Lag das Ungleichheitsniveau dort Mitte der 1980er-Jahre bei 0,3, ist es leicht auf 0,293 abgesunken. In Deutschland entwickeln sich die Einkommensungleichheiten seit Mitte der 1980er-Jahre von 0,251 auf aktuell 0,295.

Auffällig ist, dass die Einkommensungleichheiten im Erwerbsalter zwischen achtzehn bis 65 Jahren teilweise größer sind, als die Einkommensungleichheiten der Bevölkerung im Rentenalter ab 65. Exemplarisch sei die Entwicklung der Einkommensungleichheiten in Großbritannien im Rentenalter angeführt: Diese entwickeln sich von einem Wert von 0,258 Mitte der 1970er-Jahre auf aktuell 0,279 – im Gegensatz dazu entwickeln sich die Einkommensungleichheiten in

Großbritannien in der Erwerbsbevölkerung von 0,264 Mitte der 1970er-Jahre auf 0,345 aktuell. Ebenso steigen die Einkommensungleichheiten in Schweden und Dänemark in der Gruppe der Rentner geringer an, als die Einkommensungleichheiten der Bevölkerung im Erwerbsalter.

In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten sind Einkommensungleichheiten relativ gering ausgebildet – demgegenüber sind die Einkommen in den liberalen Wohlfahrtsstaaten ungleicher verteilt (Mau/Verwiebe 2009, 178). In den konservativen Wohlfahrtsstaaten sind Einkommensungleichheiten mittelstark ausgeprägt (Mau/Verwiebe 2009, 178). Die vergleichsweise geringe Einkommensungleichheit in Schweden und Dänemark kann auf die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatspolitik zurückgeführt werden (Mau/Verwiebe 2009, 188). Allerdings hat die Einkommensungleichheit in Schweden und Dänemark innerhalb der letzten Dekade zugenommen. Sie ist möglicherweise auf den Abbau der Sozialleistungen in diesen Ländern zurückzuführen (Mau/Verwiebe 2009, 188).

Darüber hinaus nimmt die Bedeutung von Geldvermögen in den letzten Jahren zu (Mau/Verwiebe 2009, 190). Besonders gut ist dies daran abzulesen, dass das BIP innerhalb des Untersuchungszeitraumes um ein Vielfaches stärker ansteigt, als das Arbeitsentgelt. Ist das Geldvermögen also besonders ungleich verteilt und korreliert dies signifikant mit der Dynamik volatiler Kapital- und Aktienmärkte, kann dies ebenso verstärkt Einkommensungleichheiten mit sich bringen. In den Vereinigten Staaten wird die Ungleichverteilung der Einkommen dadurch flankiert, dass geringere soziale Absicherungen geringere Reallöhne begünstigen (Ganßmann/Haas 1999, 66). Weitere Ursachen für Einkommensungleichheiten in den Vereinigten Staaten liegen in einem Rückgang der Nachfrage nach weniger qualifizierten Arbeitskräften, einem strukturellen Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, einer Schwächung der Gewerkschaften, einem Rückgang der Mindestlöhne im Niedriglohnbereich und möglicherweise auch in der Zunahme von Immigration (Ganßmann/Haas 1999, 66).

Tabelle 10: Durchschnitt der effektiv geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr und Beschäftigten.

	1973	1985	1995	2000	2008
D	-	-	1.534	1.473	1.430
F	1.975	1.707	1.651	1.591	1.544
USA	1.888	1.836	1.845	1.836	1.792
GB	1.921	1.760	1.743	1.700	1.653
S	1.642	1.538	1.640	1.642	1.652
DK	1.754	1.619	1.499	1.581	1.587

Quelle: OECD 2012.

Ein weiterer wichtiger Teilhabeindikator sind die effektiv geleisteten Arbeitsstunden pro Beschäftigten. Sie berechnen sich als Gesamtzahl der tatsächlich geleisteten Jahresarbeitsstunden dividiert durch die Durchschnittszahl der Beschäftigten. Die Zahlen berücksichtigen abhängig Beschäftigte (Vollzeit und Teilzeit) und Selbstständige. So sind kürzere Arbeitszeiten ein Indiz dafür, dass die Bevölkerung an den Vorteilen des Produktivitätswachstums teilhaben kann; dies erleichtert beispielsweise Eltern, ihr Berufs- und Familienleben miteinander zu vereinbaren (OECD 2010, 138).

Vor allem hinsichtlich der Vereinbarkeit von Job und Familie zeigen Bartelheimer und Kädtler (2012), dass Teilhabe nicht als Zustand, sondern über den gesamten Lebenslauf als biografisches Muster betrachtet werden muss. Dieser normativen Einordnung des Teilhabebegriffs folgend, stellen die Arbeitszeiten einen Indikator dar, der zeigt, inwiefern Teilhabe an Familien- und Berufsleben möglich ist, oder im Umkehrschluss inwiefern beim Übergang von Kinderlosigkeit hin zum Elternwerden Teilhabe am Arbeitsleben nahezu unmöglich wird.

Land (2008) stellt Arbeitszeiten indirekt als Teilhabedimension heraus. Wie oben bereits erwähnt, sieht er Teilhabe als Entwicklung des arbeitenden Menschen über die Funktion der Arbeitskräfteproduktion hinaus als Möglichkeit zunehmender Teilhabe an Bildung und Kultur. Diese Entwicklungsmöglichkeiten setzen freie Zeit voraus und lassen sich ableiten aus der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Kurzum kann die „Verfügbarkeit von Zeit [...] als eine strategische Ressource beim Zugang zu Handlungs- und Gestaltungsspielräumen gesehen werden“ (Mau/Verwiebe 2009, 138). Freie Zeit ist eine wichtige Voraussetzung von Lebensqualität.³⁰

Wird die Entwicklung der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden betrachtet, so fällt auf, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum in den Staaten mit einer anfänglich hohen Zahl an Arbeitsstunden (Frankreich mit 1.975 Arbeitsstunden, Großbritannien mit 1.921) die größten Reduzierungen der Arbeitsstunden (Frankreich minus 22 Prozent, Großbritannien minus 14 Prozent) zu verzeichnen sind. Eine Ausnahme bilden hier die Vereinigten Staaten, die mit 1.888 durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Kopf eine relativ hohe Zahl, aber mit fünf Prozent weniger Pro-Kopf-Arbeitsstunden in 2008 eine relativ geringe Reduzierung vorweisen. Auch in Dänemark ist die Zahl der Arbeitsstunden um zehn Prozent auf ein relativ geringes Niveau gesunken. In Schweden stagniert diese auf mittleren Niveau (1.642 im Jahr 1973, 1.652 im Jahr 2008). Bedauerlicherweise konnten für Deutschland keine Zahlen vor 1995 ermittelt werden, weshalb ein Vergleich nur bedingt möglich ist. Für den Zeitraum von 1995 bis 2008 lässt sich jedoch ein Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden von minus sieben Prozent feststellen.

Die Unterschiede der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden finden ihren Niederschlag auch in verfügbarer Freizeit. In Deutschland steht Männern und Frauen mit täglich circa fünf Stunden relativ viel freie Zeit zur Verfügung; in Frankreich hingegen im Durchschnitt nur drei Stunden täglich (Mau/Verwiebe 2012, 230). In punkto Lebensqualität haben die Deutschen angesichts von freier Zeit die höchste Lebensqualität. In Dänemark hat die freie Zeit der Erwerbstätigen einen geringeren Anteil, in Frankreich noch weniger. Dort liegt allerdings der Fokus der Zeitverwendung stärker auf Essen und Schlafen³¹ als in den Vergleichsländern (Mau/Verwiebe 2012, 230ff.).

Anhand des Indikators „materielle Beteiligung der Arbeitnehmer“ sollen Möglichkeiten der Teilhabe an Produktivvermögen verglichen werden. Über Mitarbeiterkapitalbeteiligungen können breite Schichten an und von Vermögensbildung partizipieren – gleichzeitig können Produktionsmittel dezentriert werden. Neben vermögensbildenden Aspekten gehen mit materiellen Beteiligungen auch höhere Mitarbeitermotivation und in der Folge bessere Rahmenbedingungen im Arbeitsleben einher.

Allgemein wird unter der materiellen Mitarbeiterbeteiligung „die vertragliche, dauerhafte Beteiligung von Mitarbeitern am Kapital und/oder Erfolg des Unternehmens verstanden. Meist meint der Begriff

materielle Mitarbeiterbeteiligung – synonym auch als finanzielle Beteiligung bezeichnet – eine Beteiligung der Mitarbeiter an ihrem Arbeitgebenden Unternehmen und fokussiert damit im Gegensatz zur über- und außerbetrieblichen Beteiligung auf die direkte oder indirekte betriebliche Beteiligung am Unternehmen“ (Stracke u.a. 2007, 11).

Die PEPPER-Studien³² der Europäischen Kommission werden von vielen Autoren als Basis für eine Klassifikation von Mitarbeiterkapitalbeteiligungsmodellen herangezogen. Sie stellen hinsichtlich der Dimension, wie Beteiligungen von Mitarbeitern erfolgen können, fest: „There is a wide range of different forms of employee participation in enterprise results. There can be grouped into two main categories [...]: profit-sharing, and employee share-ownership“ (PEPPER II Report 1996, 2). Der PEPPER-Report konstatiert zwar eine breite Palette an materiellen Beteiligungsmodellen, teilt diese aber in zwei Hauptgruppen ein, der Gewinnbeteiligung und der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.³³ Wenn in diesem Kapitel von materieller Beteiligung von Arbeitnehmern gesprochen wird, sind eben diese beiden Hauptgruppen gemeint.

In Frankreich wie in Großbritannien sind Mitarbeiterkapitalbeteiligungen weit verbreitet. So waren in Frankreich im Jahr 1996 an 58 Prozent aller Betriebe Belegschaften entweder mit Gewinn- oder per Aktienbeteiligung beteiligt.³⁴ Im Jahr 2003 waren 53 Prozent der Beschäftigten in Frankreich zu irgendeiner Form der materiellen Mitarbeiterbeteiligung berechtigt (Volz 2007, 11). In Großbritannien lag der Anteil der Betriebe mit Mitarbeiterkapitalbeteiligungen im Jahr 1996 bei 51 Prozent (EPOC Research Group 1997), im Jahr 1999 bei 48 Prozent (Carnet Studie in Pendleton u.a. 2001).

Deutlich geringer fällt die Verbreitung von Mitarbeiterbeteiligungen in Schweden, Deutschland und Dänemark aus. Im Jahr 1996 wurden in Schweden die Belegschaften in 21 Prozent der Betriebe finanziell beteiligt, in Deutschland lediglich in 16 Prozent und in Dänemark in nur 15 Prozent der Betriebe.³⁵ In den drei genannten Staaten stieg diese Quote bis 1999 auf 28 Prozent in Schweden, 25 Prozent in Deutschland und 21 Prozent in Dänemark an.³⁶ In den Vereinigten Staaten praktizierten im Jahr 2006 circa 35 Millionen Menschen eine Form materieller Mitarbeiterbeteiligungen, was ungefähr 30 Prozent aller Arbeitnehmer entspricht (Volz 2007, 18).

Der Grund für die hohe Verbreitung von finanziellen Mitarbeiterbeteiligungen in Frankreich und Großbritannien liegt vor allem in den steuerlichen Anreizen, die die beiden Länder bieten. So wurden in Frankreich bereits in den Jahren 1959 und 1967 entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht. Dort sind nach fünf- beziehungsweise dreijähriger Sperrfrist die Gewinn- und Aktienbeteiligungen zu 50 Prozent von Einkommenssteuer und auch teilweise von Sozialabgaben befreit (IFO-Schnelldienst 2002, 10). Auch in Großbritannien wurden zwischen 1978 und 1996 wesentliche steuerliche Anreize geschaffen – es unterliegen zwar alle Beteiligungen der Kapital- und Einkommenssteuer, allerdings gelten hohe Freibeträge (IFO-Schnelldienst 2002, 10). In Schweden, Deutschland, Dänemark und den USA existieren nur geringe steuerliche Anreize für die finanzielle Beteiligung von Mitarbeitern (IFO-Schnelldienst 2002, 10; Volz 2007, 21).

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass auch die immaterielle Beteiligung von Arbeitnehmern einen wichtigen Aspekt der Teilhabe darstellt. Eine Grundlegung und ein internationaler Vergleich der immateriellen Mitarbeiterbeteiligungen erfolgen in jeweils eigenständigen Kapiteln dieses Bandes von Regina Görner (Arbeit und Mitbestimmung) und Ingrid Sehrbrock (Arbeit und Mitbestimmung im internationalen Kontext). Daher wird an dieser Stelle auf die Betrachtung dieses Themenfeldes verzichtet.

Zusammenfassung Dimension II:

Vergleich der Ausprägungen von Teilhabe im Arbeitsleben

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammenfassung des Vergleichs von Teilhabe im Arbeitsleben.

Tabelle 11: Quantitative Einordnung, Niveau und Entwicklung von Teilhabe im Arbeitsleben.³⁷

	2ab ³⁸	2c ³⁹	2d ⁴⁰	MAKB ⁴¹	Σ Dimension II
D	0	0	+	0	+
F	0	0	+	+	++
USA	0	-	0	0	-
GB	0	-	0	+	0
S	0	+	0	0	+
DK	0	+	+	0	++

Quelle: Eigene zusammenfassende Darstellung.

Folgende Indizien können – unter Berücksichtigung der begrenzten Indikatorenauswahl – für den Vergleich der Teilhabe im Arbeitsleben charakterisiert werden:

In den konservativen und den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten sind die Teilhabechancen im Arbeitsleben höher ausgeprägt als die in den liberalen Wohlfahrtsstaaten.

In Frankreich ist es vor allem die weit verbreitete Mitarbeiterkapitalbeteiligung sowie die positive Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden, die Teilhabe im Arbeitsleben besonders begünstigen. Auch die Bundesrepublik Deutschland punktet vor allem mit einer positiven Entwicklung der Arbeitsstunden.

In Dänemark sind es neben der positiven Entwicklung der Arbeitsstunden relativ geringe Einkommensungleichheiten, die Teilhabe im Arbeitsleben begünstigen. Auch für Schweden können diese relativ geringen Einkommensungleichheiten konstatiert werden.

Ebenso wie in Frankreich finden auch in Großbritannien Mitarbeiterkapitalbeteiligungsmodelle weite Verbreitung; diese sind der Teilhabe im Arbeitsleben zuträglich. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten wirken eklatant zunehmende Einkommensungleichheiten besonders abträglich auf die Teilhabe im Arbeitsleben.

In allen Staaten bleibt die Entwicklung der Pro-Kopf-Arbeitsentgelte hinter der Entwicklung der privaten Haushaltseinkommen zurück und noch stärker hinter der Entwicklung des Pro-Kopf-BIP. Dies zeigt, dass Teilhabe am wachsenden Reichtum durch Arbeit im Gegensatz zu anderen Einkommensformen nur unterproportional gegeben zu sein scheint. Daher kann hier für keinen Staat ein quantitativ gleicher Anteil am Zuwachs konstatiert werden.

Resümee

Es konnten nur einige ausgewählte Indikatoren für den Zusammenhang von Arbeit und Teilhabe miteinander verglichen werden. Verglichen wurde auf Basis quantitativer Daten, wodurch sich mögliche Anknüpfungspunkte für weitere Forschung eröffnen. Erste Hinweise auf Arbeits- und Teilhabemuster im internationalen Vergleich sind im Hinblick auf die politische Gestaltung unserer Arbeitswelt aufschlussreich.

Im Folgenden zusammengefasst sind die wesentlichsten Aspekte, warum Arbeit und Teilhabe miteinander verknüpft werden müssen. Es soll

- eine aktive und produktive Teilnahme am Gesellschaftsleben ermöglicht werden,
- eine Entwicklung des arbeitenden Menschen gefördert werden (Qualifizierung, Fähigkeit zur Selbstbestimmung),
- eine quantitative Teilhabe am Anteil des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums und damit verbundene gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten realisiert werden und
- eine mehrdimensionale und prozessuale Betrachtung von Arbeit und Teilhabe möglich sein.

Für die erste Dimension wurden die Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben und damit die Möglichkeiten für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe (Arbeit als wesentliche Voraussetzung für Einkommen, Lebenshaltung, Sozialkontakte, für die Entwicklung des Selbstverständnisses von Menschen und für individuelle Handlungsmöglichkeiten) international verglichen. Vor allem für die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten können vergleichsweise gute Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsleben festgestellt werden. Wichtige Feststellung dabei: Hohe Lohn- und Lohnnebenkosten sowie ein hoher Dekommodifizierungsgrad sind einer hohen Erwerbsbeteiligung nicht abträglich. In Schweden und Dänemark ist eine hohe (staatlich geförderte) Teilzeitquote wesentlicher Treiber einer hohen Frauenerwerbsquote. In den liberalen Wohlfahrtsstaaten sind es vor allem ein geringer Dekommodifizierungsgrad und eine hohe Beweglichkeit des Arbeitsmarktes, die ursächlich sind für eine vergleichsweise hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Die Ursachen für die zunehmenden geschlechterspezifischen Unterschiede der Arbeitslosenquoten liegen vor allem darin begründet, dass Frauen überwiegend in der wachsenden Dienstleistungsbranche Beschäftigung finden. Ihnen eröffnen sich (zahlenmäßig betrachtet) durch den strukturellen Wandel der Ökonomien zu Dienstleistungsgesellschaften neue Teilhabechancen am Arbeitsleben. Gleichzeitig sind sie allerdings häufiger von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen als Männer.

Die abnehmenden Beschäftigungsquoten der jüngeren Alterskohorten sind in den untersuchten Staaten Ausdruck längerer Ausbildungszeiten an Fachhochschulen oder Universitäten. Mit Ausnahme von Frankreich: Hier sind es schwierige Arbeitsmarktbedingungen, welche die Teilhabechancen am Arbeitsleben für jüngere Menschen schmälern.

Für ältere Menschen lassen sich vor allem innerhalb der letzten Dekade des Untersuchungszeitraums deutlich bessere Teilhabechancen am Arbeitsleben konstatieren. So waren es vor allem steuerliche und sozialpolitische Anreize die einst für sie die Aufnahme von Arbeit weniger attraktiv gestalteten. Dieser Trend kehrte sich im Verlauf des Untersuchungszeitraumes um: Die Beschäftigungsquoten älterer Menschen stiegen in allen untersuchten Staaten (in Frankreich bewegt sich diese Entwicklung auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau).

Bis auf Deutschland können in allen untersuchten Staaten verbesserte Teilhabechancen für Migranten am Arbeitsleben festgestellt werden. Die Integrationschancen von Migranten auf den Arbeitsmärkten korrelieren mit den Sprachkompetenzen und den Bildungsniveaus der Menschen. In den Vereinigten Staaten ermöglichen vor allem geschlossene Immigrantenökonomien eine Beschäftigung von Migranten, führen aber ebenso zu einer Verfestigung geringer Lohnniveaus. Für die Bundesrepublik Deutschland ist vor allem die vergleichsweise geringe Durchlässigkeit des Bildungssystems verantwortlich für die im Vergleich hohe Arbeitslosenquote der Migranten. In Frankreich sind vor allem die Voraussetzungen für die Berufszulassung sowie die Abhängigkeit der Bildungschancen vom sozialen Status und vom Wohnumfeld für die vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote der Migranten ursächlich. Hier kann aber im Verlauf des Untersuchungszeitraumes ein deutlicher Rückgang der Migrantenarbeitslosenquote festgestellt werden.

Die Teilhabechancen Langzeiterwerbsloser entwickeln sich in allen untersuchten Staaten – bis auf Dänemark – auf einem relativ niedrigen Niveau: Vor allem in Deutschland sind ihre Teilhabechancen am Arbeitsleben vergleichsweise gering ausgeprägt. Für die Vereinigten Staaten kann innerhalb der letzten Dekade des Untersuchungszeitraums eine deutlich negative Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote verzeichnet werden.

Die Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote hängt einerseits an der Entwicklung der Arbeitslosenquote, sie korreliert andererseits auch mit den jeweiligen sozialen Unterstützungsniveaus. Geringe Unterstützungsniveaus senken den Anspruchslohn und erhöhen individuelle Anreize zur Arbeitsaufnahme. Allerdings ist vor allem bei der geringen Langzeitarbeitslosenquote in den zurückliegenden Dekaden in den Vereinigten Staaten aufgrund der „perforierten Langzeitarbeitslosigkeit“ Vorsicht geboten: Kurze, unsichere Beschäftigungsverhältnisse ersetzen fehlende Unterstützungszahlungen des Staates und führen zu statistisch nur schwer nachzuvollziehenden Mehrfacharbeitslosigkeiten.

Für die zweite Dimension wurde international verglichen, inwiefern Arbeit im Blick auf Verdienstentwicklung, Verteilungsgerechtigkeit, Zeitaufwand und Mitarbeiterbeteiligung „lohnenswert“ zu sein scheint. Kurz und knapp: Findet Teilhabe am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum und an den damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten statt? Die Verquickung der Entwicklung des Pro-Kopf-BIP, der Arbeitsentgelte und der Einkommen privater Haushalte liefert Indizien dafür, dass in allen untersuchten Staaten Teilhabe am Wachstum weniger durch Arbeit ermöglicht wird, als durch andere Einkommensformen. So entwickelt sich in allen untersuchten Staaten das Bruttoinlandsprodukt schneller, als das Einkommen privater Haushalte und noch stärker als die Pro-Kopf-Arbeitsentgelte. Nicht nur die Diskrepanz zwischen Pro-Kopf-BIP und Pro-Kopf-Arbeitsentgelte untermauert dies. Auch die im Vergleich zu den Arbeitsentgelten stärker steigenden Haushaltseinkommen bestärken diese Vermutung.

Einkommensungleichheiten als Indizien für ungleich verteilte Lebenschancen und vertikale Ressourcenverteilung, die mit der Zeit gleicher oder ungleicher werden, stellen sich unterschiedlich für die untersuchten Staaten dar. Sie spiegeln die Unterschiede zwischen den jeweiligen Wohlfahrtstaatstypen. Die geringsten Einkommensungleichheiten verzeichnen die sozialdemokratischen Wohlfahrtstaaten.

Für USA und Großbritannien ist eine starke Zunahme der Einkommensungleichheiten zu beobachten. Geringe soziale Absicherungen, ein Rückgang der Nachfrage nach weniger qualifizierten Arbeitskräften, die Schwächung der Gewerkschaften und ein Rückgang der Löhne im Niedriglohnbereich begünstigen die Zunahme der Einkom-

mensungleichheiten in den liberalen Wohlfahrtsstaaten. Deutschland und Frankreich als Beispiele konservativer Wohlfahrtsstaaten weisen im Vergleich Einkommensunterschiede im mittleren Bereich auf.

Bei der Entwicklung der Arbeitszeiten ist es vor allem Deutschland, das hier eine besonders positive Entwicklung verzeichnen kann. Ebenso entwickeln sich die Arbeitszeiten in Frankreich und Dänemark positiv. Vor allem in diesen Staaten wird durch die sinkende Zahl der geleisteten Pro Kopf Arbeitsstunden eine zunehmende Teilhabe an freier Zeit ermöglicht und stellt eine wesentliche Voraussetzung für mehr Lebensqualität, besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf und größere Chancen für die Teilhabe an Bildung und Kultur dar.

Die materielle Beteiligung der Arbeitnehmer, welche eine Teilhabe an Produktivvermögen, an Vermögensbildung, an höherer Mitarbeitermotivation und somit an besseren Rahmenbedingungen im Arbeitsleben ermöglicht, wird vor allem in Frankreich und Großbritannien politisch forciert und kultiviert.

Im Rahmen dieses Vergleiches konnte anhand der ausgewählten Indikatoren bezüglich der Teilhabe am Arbeitsleben kein bestimmtes Muster zwischen den jeweiligen Wohlfahrtsstaatstypen festgestellt werden. Vielmehr zeigen sich bezüglich bestimmter Indikatoren für alle untersuchten Staaten einheitliche Trends; exemplarisch sei die Entwicklung der Arbeitslosenquoten (in allen Staaten innerhalb des Untersuchungszeitraumes ansteigend) oder die Entwicklungen der Teilhabe am wachsenden Reichtum erwähnt (in allen Staaten koppelte sich die Steigerung der Arbeitsentgelte von der Entwicklung des Pro-Kopf-BIP ab).

Deutliche Unterschiede zwischen den jeweiligen Wohlfahrtsstaatstypen finden sich allerdings bei den Entwicklungen der Einkommensunterschiede. Beim Großteil der untersuchten Kategorien sind die Entwicklungen und Niveaus auch innerhalb der Wohlfahrtsstaatstypen unterschiedlich; exemplarisch hierfür sei die unterschiedliche Verbreitung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung genannt oder die Niveaus und Entwicklungen der Langzeitarbeitslosenquoten.

Werden die Trends der Teilhabe am Arbeitsleben mit den Dimensionen I und II zusammengefasst, so kann anhand der quantitativen Einordnung für die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten ein ver-

gleichsweise hohes Niveau und eine positive Entwicklung von Arbeit und Teilhabe festgestellt werden. Besonders positiv zeigen sich die relativ geringen Einkommensungleichheiten und die guten Teilhabechancen am Arbeitsleben.

Für die Vereinigten Staaten kann ein in der Tendenz negatives Bild festgehalten werden. Besonders ungünstig wirken hier die vergleichsweise hohen Einkommensungleichheiten und der starke Anstieg der Langzeitarbeitslosenquote innerhalb der letzten Dekade.

In Großbritannien zeigt sich trotz hoher Einkommensungleichheiten ein vergleichsweise verhalten positives Bild aufgrund der guten Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsleben. Einschränkend seien hier allerdings die geringen Teilhabechancen der Migranten erwähnt und der sozial deregulierte Arbeitsmarkt.

Für die Teilhabe am Arbeitsleben muss vor allem für Frankreich ein negatives Bild konstatiert werden. Bis auf die sich verhalten positiv entwickelnde Arbeitslosenquote der Migranten, lassen weder Beschäftigungs- noch Arbeitslosenquoten in der Tendenz gute Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsleben erkennen. Die Teilhabe im Arbeitsleben hingegen ist in Frankreich vergleichsweise gut: Vor allem die positive Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden, aber auch die politisch gewollte weite Verbreitung der Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sind Treiber dieser positiven Entwicklung.

Für die Bundesrepublik Deutschland sind für den Untersuchungszeitraum verhaltene Teilhabechancen am Arbeitsleben zu konstatieren. Positiv zeigt sich hier die Entwicklung der Beschäftigungsquote. Vor allem das Niveau und die Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote und der Migrantenarbeitslosenquote wirken sich hier nachteilig auf die Teilhabechancen am Arbeitsleben aus. Für die Teilhabe im Arbeitsleben zeigt sich für die Bundesrepublik Deutschland ein vergleichsweise positives Bild, vor allem gestützt durch die gute Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden.

Wie haben sich Arbeit und Teilhabe international und im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland im Kontext globaler wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen entwickelt? Für Deutschland können drei wesentliche Befunde festgestellt werden:

Erster Befund: Die Bundesrepublik Deutschland hatte und hat im Zuge der deutschen Einheit im Gegensatz zu anderen Staaten große wirtschaftliche und sozialpolitische Herausforderungen zu meistern. Diese Herausforderungen erwiesen sich für die Entwicklung von Arbeit und Teilhabe in Deutschland insgesamt nicht als abträglich. Das vorliegende Datenmaterial konnte hier leider wenig Aufschluss geben.

An dieser Stelle wäre ein berechtigter Einwand treffend: Die Arbeitslosenquoten in den neuen Bundesländern waren und sind größtenteils noch höher als die in den alten Bundesländern (ein solcher quantitativer Vergleich konnte im vorliegenden Rahmen nicht geleistet werden). Dennoch sind es vor allem fiskalische Anstrengungen gewesen, welche die alten Bundesländer, ihre Arbeitnehmer und Unternehmen zu tragen hatten. Die fiskalischen Lasten haben über die Jahre in Deutschland allerdings weder die Teilhabe am Arbeitsleben noch die Teilhabe im Arbeitsleben nachhaltig geschwächt. Dies ist eine wirtschaftliche und soziale Leistung, die im Wollen und im Können vieler gesellschaftlicher Akteure ihre Ursache findet.

Ein Gedankenspiel: Würden die USA ein Sozialsystem auf bundesrepublikanischem Niveau etablieren, würden sie wohl daran finanziell nicht zugrunde gehen – die Vorstellung indes grenzt an Utopie. Die gesamtgesellschaftlichen Kosten für eine solche Politik wären in den Vereinigten Staaten politisch und gesellschaftlich nur schwer zu vermitteln – und genau darin liegt ein fundamentaler Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland.

Zweiter Befund: Die Bundesrepublik Deutschland hat mit ihrem Modell der Sozialen Marktwirtschaft die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 relativ gut bestanden. Stichwort: Sozialpartnerschaft. Sie zeigt exemplarisch das wirksame Zusammenspiel gesellschaftlicher Akteure in der Bundesrepublik Deutschland und, dass spätestens mit dieser Krise der Manchesterliberalismus ad absurdum geführt worden ist.

Für die Bundesrepublik hat es sich ausgezahlt, die Freiheit des Marktes mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Nicht ohne Grund wird in der katholischen Soziallehre betont, dass Wirtschaft kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist. Sie ist Mittel, um „in der dauernden und gesicherten Schaffung jener materiellen Voraussetzungen, [...] dem Einzelnen und den Sozialgebilden die menschenwürdige Entfaltung [zu] ermöglichen“ (Höffner 1997, 186).

Die Melange aus Freiheit des Marktes und sozialem Ausgleich hat während der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 in der Bundesrepublik Deutschland hervorragend gewirkt. Es waren Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Politiker die sich gemeinsam verantwortungsvoll in Askese übten und sich nicht in myopischen Schritten verrannt haben. Eine Gesellschaft hielt zusammen. Die Soziale Marktwirtschaft hat während der Krise einen reziproken Altruismus kultiviert. Er ist als ein Produkt aus Gewinnstreben und ethischen Gesichtspunkten zu verstehen. Liberalen Wohlfahrtsstaaten, wie die USA oder Großbritannien würden hierfür die sozialen und gesellschaftlichen Bindemittel fehlen. Vor allem die Vereinigten Staaten zahlen mit einer stark ansteigenden Arbeitslosigkeit und mit einer tiefen wirtschaftlichen Rezession einen hohen Preis.

Dritter Befund: Die Entwicklung von Arbeit und Teilhabe in Deutschland ist im Rahmen dieses internationalen Vergleichs verhalten positiv einzuordnen.

Wie bereits erwähnt, hat sich das Modell der Sozialen Marktwirtschaft im Zuge der Deutschen Einheit, aber auch während der Krise bewährt. Allerdings lassen sich im Rahmen dieses Vergleichs für die Bundesrepublik wichtige politische Baustellen identifizieren: Es gilt auf der einen Seite eine bessere Integration von Langzeitarbeitslosen und Migranten in den Arbeitsmarkt und auf der anderen Seite eine stärkere politische Förderung materieller Mitarbeiterbeteiligungen zu befördern. Würde es gelingen an diesen Stellen Gräben zu schließen, wäre viel gewonnen. Denn Ludwig Erhard hat nach wie vor recht: Arbeit ist und bleibt die Grundlage des Wohlstandes.

- 1| Für den Teilhabebegriff siehe die für diesen Vergleich weiter unten vorgenommene Eingrenzung des Begriffs.
- 2| Gemeint sind Auswirkungen technischer Entwicklungen, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen.
- 3| Für die folgenden Indikatoren vgl. Mayer-Ahuja u.a. (2012, 19).
- 4| So berichtete beispielsweise Der Spiegel vom „Jobwunder in Amerika“ oder auch „Jobwunder USA“; vgl. Der Spiegel (15/1996, 90 und 36/1997, 172). Mit den Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten in den USA und Deutschland standen sich zum Ende der 90er-Jahre mit dem „Jobwunder“ und dem „Produktivitätswunder“ zwei „grundsätzliche“ Alternativen von Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung gegenüber (Willke, Gerhard 1998, 25ff.).

- 5| *Zu den Wohlfahrtstaattypen vgl. Esping-Andersen (1990).*
- 6| *So zum Beispiel bei Daten zur Verbreitung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.*
- 7| *Für sämtliche Indikatoren, falls nicht anders gekennzeichnet, vgl. Tabellengenerator der OECD: <http://stats.oecd.org/> (Zugriff am 9.4.2012). Im Idealfall werden die Daten im Intervall von zehn Jahren miteinander verglichen. Von diesem Schema wird abgewichen, wenn mangelnde Daten einen solchen Vergleich nicht zulassen.*
- 8| *Bedauerlicherweise sind für Frankreich aus der OECD-Datenbank keinerlei Arbeitslosenquoten für diesen Zeitraum verfügbar. Allerdings finden sich in der Datenbank Angaben für Frankreich zur Arbeitslosenquote nach Geschlecht. Für die Arbeitslosenquote in Frankreich insgesamt wird daher auf folgende Quelle zurückgegriffen: Institut national de la statistique et des études économiques: www.insee.fr/fr/themes/tableau.aps?reg_id=0&ref_id=NATnon03337 (Zugriff am 30.4.2012). Diese Daten entsprechen dem ILO-Konzept; hierzu zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahre, die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren, die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren und die aktiv Arbeit suchend waren (vgl. Fußnote 66).*
- 9| *Dekommodifizierung bezeichnet eine weitgehende Entkopplung von sozialer Sicherheit vom Arbeitsmarkt.*
- 10| *Vgl. für die folgende Aufzählung an Gründen Mau/ Verwiebe (2009, 136).*
- 11| *Bedauerlicherweise sind für Frankreich aus der OECD-Datenbank keinerlei Arbeitslosenquoten für diesen Zeitraum verfügbar. Allerdings finden sich in der Datenbank Angaben für Frankreich zur Arbeitslosenquote nach Geschlecht. Für die Arbeitslosenquote in Frankreich insgesamt wird daher auf folgende Quelle zurückgegriffen: Institut national de la statistique et des études économiques: www.insee.fr/fr/themes/tableau.aps?reg_id=0&ref_id=NATnon03337 (Zugriff am 30.4.2012). Diese Daten entsprechen dem ILO-Konzept; hierzu zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahre, die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren, die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren und die aktiv Arbeit suchend waren (vgl. Fußnote 63).*
- 12| *Hierzu auch Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Januar 2007 (38).*
- 13| *Ebd.*
- 14| *Die Quote der Langzeitarbeitslosen ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Arbeitslosen, die seit mindestens zwölf Monaten arbeitslos sind.*
- 15| *Die große Beweglichkeit des Arbeitsmarktes wird mitunter auch flankiert durch „Working Poor“.*
- 16| *Zur numerischer Flexibilität und Kündigungsschutz und zu den Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt vgl. Ganßmann/ Haas (1999, 132ff.).*
- 17| *Legende: +=hohes Niveau/steigende Entwicklung; 0=mittleres Niveau, in etwa gleich bleibend, mitunter volatil/hohes Niveau und abnehmende Tendenz; -= mittleres Niveau und abnehmende Tendenz/geringes Niveau.*
- 18| *Niveau und Entwicklung der Beschäftigungsquoten (insgesamt).*
- 19| *Niveau und Entwicklung der Beschäftigungsquoten nach Alterskohorten.*
- 20| *Niveau und Entwicklung der Arbeitslosenquoten.*
- 21| *Niveau und Entwicklung der Arbeitslosenquoten nach Migranten.*
- 22| *Niveau und Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquoten.*
- 23| *Zur Debatte um das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator beziehungsweise diesen durch einen anderen Indikator oder in ein Indikatorenset zu integrieren Deutscher Bundestag (2012, 17, 26,72): Der Arbeitsbericht gibt einen guten Überblick über Ansätze und Alternativen als Wohlstandsindikatoren.*

- 24| *Geldbeträge in unterschiedlichen Währungsräumen werden durch Wechselkurse miteinander vergleichbar gemacht.*
- 25| *Dieser Zeitraum wird hervorgehoben, weil er mit der Entwicklung der Pro-Kopf-Arbeitsentgelte verglichen werden soll.*
- 26| *Deutschland für das Jahr 1991.*
- 27| *Der aktuelle Rand wurde von der OECD bedauerlicherweise nicht genau als Jahr spezifiziert.*
- 28| *Diese Zahl bezieht sich auf das wiedervereinigte Deutschland; die Daten vor Mitte der 1990er-Jahre wurden von der OECD interpoliert.*
- 29| *Zu den verschiedenen Indikatoren vgl. OECD (2010, 234).*
- 30| *Vgl. hierzu weiterführende Literatur von Gershuny/ Halpin (1996, 188); Goodin u.a. (2008, 57ff.); Seidel/ Verwiebe (2006, 99).*
- 31| *„Essen und Schlafen“ wird in diesem Kontext von „freier Zeit“ unterschieden.*
- 32| *PEPPER ist ein Akronym für Promotion of Employee Participation in Profits and Enterprise Results.*
- 33| *Für einen weiter gefassten Überblick über Definitionen und Formen von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen vgl. PEPPER I Report und PEPPER II Report.*
- 34| *Bezogen auf alle Betriebe ab 50 Mitarbeiter (EPOC Research Group 1997).*
- 35| *Für die Werte der genannten Staaten vgl. EPOC Research Group 1997.*
- 36| *Für die Werte der genannten Staaten vgl. Carnet Studie in Pendleton et al. 2001.*
- 37| *Legende: +=hohes Niveau/steigende Entwicklung; 0=mittleres Niveau, in etwa gleich bleibend, mitunter volatil/hohes Niveau und abnehmende Tendenz; -= mittleres Niveau und abnehmende Tendenz/geringes Niveau.*
- 38| *Niveau und Entwicklung der Verquickung der Entwicklung des Pro-Kopf-BIP mit Pro-Kopf-Arbeitsentgelten und verfügbarem Einkommen privater Haushalte.*
- 39| *Niveau und Entwicklung der Einkommensungleichheit.*
- 40| *Niveau und Entwicklung der effektiv geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr und Beschäftigten.*
- 41| *Niveau und Entwicklung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.*

Literaturverzeichnis

- *Bartelheimer, Peter / Kädtler, Jürgen (2012): Produktion und Teilhabe – Konzepte und Profil sozioökonomischer Berichterstattung. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 41-85.*
- *Becker / Nietfeld (1999): Arbeitslosigkeit und Bildungschancen von Kindern im Transformationsprozess. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 51, Heft 1, 55-73.*
- *BFS Aktuell (2007): Der Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich – Frauen und Männer im Erwerbsleben, Bundesamt für Statistik*

BFS, Schweizerische Eidgenossenschaft, Neuchâtel.

- Brücker, Herbert / Burkert, Carola (2010): *DOSSIER Mobility and Inclusion – Managing Labour Migration in Europe*, Heinrich Böll Stiftung.
- *Der Spiegel* (1996): *Der Troja Schwindel*, Nummer 15/1996, 8. April 1996.
- *Der Spiegel* (1997): *USA – Die Herren der Welt*, Nummer 36/1997, 1. September 1997.
- Deutsche Bundesbank (2007): *Monatsbericht*, Januar 2007.
- Deutscher Bundestag (2012): *Arbeitsbericht der Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- beziehungsweise Fortschrittsindikators“*, Kommissionsdrucksache; 17, 26, 72.
- EPOC Research Group (1997): *New Forms of Work Organisation: Can Europe realise its potential? Results of a survey of direct employee participation in Europe*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Ganßmann, Heiner / Haas, Michael (1999): *Arbeitsmärkte im Vergleich – Rigidität und Flexibilität auf den Arbeitsmärkten der USA, Japans und der BRD*, Marburg: Schüren.
- Gershuny, Jonathan / Halpin, Brendan (1996): *Time Use, Quality of Life, and Process Benefits*, in: Offer, A. (Hrsg.): *In Pursuit of the Quality of Life*, New York: Oxford University Press, 188-210.
- Goddin, Robert E. et al. (2008): *Discretionary Time. A New Measure of Freedom*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Höffner, Joseph (1997): *Christliche Gesellschaftslehre*, Erkelenz: Altius.
- IFO Schnelldienst (2002): *Mitarbeiterkapitalbeteiligung – Ein internationaler Vergleich*, ifo Schnelldienst, 55. Jahrgang, 12/2002.
- Institut national de la statistique et des études économiques: Download unter: www.insee.fr/fr/themes/tableau.aps?reg_id=0&ref_id=NATnon03337 (Zugriff am 30.4.2012).
- IZA Research Report No. 16 (2008): *Studie über die soziale Eingliederung und Arbeitsmarktintegration ethnischer Minderheiten*, Bonn.
- Klein, Thomas (2005): *Sozialstrukturanalyse – Eine Einführung*, Reinbek: Rowohlt.
- *Kompendium der Soziallehre der Kirche* (2006): *Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden*, Freiburg im Breisgau, Basel/ Wien: Herder.

- Land, Rainer (2008): *Teilhabe und Lohnentwicklung in Deutschland und im internationalen Vergleich von der Nachkriegszeit bis heute. soeb-Arbeitspapier, 2008-4.*
- Mau, Steffen / Verwiebe, Roland (2009): *Die Sozialstruktur Europas, Bonn: UVK.*
- Mayer-Ahuja, Nicole / Bartelheimer, Peter / Kädtler, Jürgen (2012): *Teilhabe im Umbruch – Zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-40.*
- Müller-Armack, Alfred (1956): *Soziale Marktwirtschaft, in Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Tübingen/Göttingen, 390-392.*
- OECD: <http://stats.oecd.org> (Zugriff am 9.4.2012).
- OECD (2010): *Die OECD in Zahlen und Fakten, Paris.*
- Pendleton, Andrew / Poutsma, Eric / van Ommeren, Jos / Brewster, Chris (2001): *Employee share ownership and profit sharing in the European Union, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg.*
- PEPPER Report (1991): *Promotion of employee participation in profits and enterprise results, Social Europe, Supplement 3/91, Commission of the European Communities, Luxembourg.*
- PEPPER II Report (1996): *Promotion of employee participation in profits and enterprise results (including equity participation) in Member States, Report from the Commission, Commission of the European Communities, Luxembourg.*
- Seidel, Nana / Verwiebe, Roland (2006): *Der Wandel von Zeitstrukturen in der tertiären Gesellschaft, Berliner Debatte Initial 17 (5): 97-109.*
- Stracke, Stefan / Martins, Erko / Peters, Birgit K. / Nerdinger, Friedemann W. (2007): *Mitarbeiterbeteiligung und Investivlohn, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.*
- United State Bishops: *Download unter: www.usccb.org/upload/economic_justice_for_all.pdf (Zugriff am 11.12.2012).*
- Volz, Peter (2007): *Mitarbeiterbeteiligung in Europa, Japan und den USA – Staatliche Rahmenbedingungen für finanzielle Beteiligungsmodelle, Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.*
- Willke, Gerhard (1998): *Die Zukunft unserer Arbeit, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung.*